ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT— alle 14 Tage brandaktuell

TAblatt

Projekt Zweitageszeitung
minus 72 nummer
(7/90)
10. April 1990
Preis: öS 10,—

EXPOsionsgefahr

1995 werden Wien und Budapest Austragungsorte der Weltausstellung. Das genaue Thema ist noch unklar, wozu das gut sein soll, ebenso. Klar hingegen ist der Preis, was das alles kosten wird: nämlich 50 Milliarden Schilling – mindestens; Wien und Budapest zusammengerechnet. Das ist soviel, wie der Bau des halben Ärmelkanaltunnels verschlingt.

Die Auswirkungen auf die städtischen Strukturen sind enorm, sowohl in Wien als auch in Budapest: Ganze Stadtteile werden umgebaut und »aufgewertet«, wie es so schön heißt. Aus den klassischen ArbeiterInnenbezirken Brigittenau und Leopoldstadt werden Yuppie-Gegenden. Kaisermühlen und Kagran widerfährt das selbe Schicksal. Die heutige Bevölkerung wird sich die EXPO-aufgewerteten Wohnungen nicht mehr leisten können. Dafür rückt Wien endlich an die Donau. Doch das hatten wir doch schon mal...

Mehr dazu ab Seite 13.

AUSSERDEM

Feminismus statt Veranstaltung
Erinnern Sie sich an die »Initiative Neue Linke». Jene Initiative, die Zwangsinternierung und Tätowierung von HIV-Positiven fordert. Am 5.4.90 versuchte sie abermals in einer Verantsaltung ihre per Gerichtsurteil als faschistoid erkannten Inhalte an den Mann zu bringen. Frauen waren dabei sehr störend.
Seite 10

Opernballdemonstrant Georg W. weiterhin in Haft
Seite 3

Der Vorzeigeterrorist
Haft gegen Peter K.
Seite 4

Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz
Seite 7

»SEED« — Gegenkongreß zum UN-Kongreß
Seite 9

Poll-Tax-Aufruhr in London
Seite 19

u.v.a.
Impressum Seite 28

Internationaler Aktionstag:

SHELL – Raus aus Südafrika

Sanktionen jetzt !

Am 28. April finden in verschiedenen europäischen Ländern – von Italien bis Norwegen – Aktionen gegen SHELLs Anwesenheit in Südafrika statt. Auch in Österreich sind für diesen Tag von verschiedenen Gruppen dezentrale Protestaktionen, wie z.B. Mahnwachen an SHELL-Tankstellen, geplant. *Fortsetzung auf Seite 18.*

Nun auch Soldaten aktiv für die ersatzlose Abschaffung des Bundesheeres

Für ein Österreich ohne Heer

(TATblatt-Wien)

Wie schon berichtet haben sich in jüngster Zeit, durch das beachtliche Ergebnis der Volksabstimmung in der Schweiz ermutigt, mehrere Initiativen gegen das Bundesheer gebildet. In einem österreichweiten Treffen wurde ein Text beschlossen, der ab sofort zum Unterschreiben aufliegt. Der genaue Wortlaut: ***»Für ein Österreich ohne Heer. Ich bin für die ersatzlose Abschaffung des österreichischen Bundesheeres und für eine aktive, gewaltfreie Friedens- und Neutralitätspolitik. Darüber fordere ich eine Volksabstimmung.«***

Unterschriftslisten sind bei der *Initiative für ein Österreich ohne Heer* bestellbar. Die neue Adresse der Initiative seit Anfang April lautet *1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59* (beim Büro der ARGE für Wehrdienstverweigerung). Dort gibts auch Infos über Initiativen in den anderen Bundesländern.

SOLDATEN GEGEN BUNDESHEER

Auch eine Gruppe ehemaliger Bundesheerangehöriger hat sich zusammengefunden und initiierte für den 18. April ein Treffen für ehemalige und aktive Soldaten, die sich aktiv gegen das österreichische Bundesheer engagieren möchten.

»Wir (ehemalige Grundwehrdiener bzw. Berufsunteroffiziere) möchten mit dir in einem Gespräch mögliche Handlungsweisen besprechen«, heißt es in einem Flugblatt, daß vor zahlreichen Kasernen im Wiener Raum ausgeteilt wurde. Einige zur Diskussion stehende Fragen:

- Gibt es für Soldaten in der Kaserne während der Dienstzeit Aktionsformen gegen das Militär, die ohne disziplinäre Folgen bleiben?
- Können Diskussionen mit Vorgesetzten geführt werden?
- Kann ich bei den Soldatenvertreterwahlen offen als Militärgegner kandidieren?
- Welche Mitteln stehen mir in meiner Freizeit außerhalb der Kaserne zur Verfügung?

Das Treffen der ehemaligen und derzeit aktiven Soldaten findet am Mittwoch, den 18. April 1990 um 18 Uhr in Wien 8, Lederergasse 23/3/27 statt. Für alle, die nicht kommen können, gibt's Infos bei den Personenkomitees.

Volkszählung zum ~~Nach~~Vorlesen

Umfangreicher Reader nun erschienen

(TATblatt-Wien)

Wie bereits berichtet findet im Mai 1991 eine österreichweite Volkszählung statt. Das dazu notwendige Volkszählungsgesetz wurde nach längeren Verzögerungen am 28. Feber 1990 im Parlament beschlossen.

Der Umfang der zu erhebenden Daten ist einigermaßen enorm, und stellt sogar Volkszählungen wie die 1987 in der BRD und in Westberlin abgehaltene in den Schatten. Dort hat es damals massiven Widerstand und umfangreiche Boykottaktionen gegeben. Um auch der Datensammelwut in Österreich Widerstand entgegensetzen zu können, muß nun rasch und umfassend mit Öffentlichkeits- und Bewußtseinsarbeit begonnen werden. Nach Möglichkeit sollten sich bundesweit Initiativen zu diesem Thema bilden. Als theoretische Grundlage wurde von einer Anti-Volkszählungs-Initiative in Wien, in der Leute von der *Initiative Informatikbetroffener*, der *HochschülerInnenschaft an der TU*, und vom *TATblatt* beteiligt sind, ein Reader zusammengestellt. Dieser beinhaltet auf 95 Seiten:

- einen ganz grundsätzlichen Beitrag, der für Neu-EinsteigerInnen in diese Materie einen guten ersten Überblick bietet.
- aktuelle Informationen über Gesetze (mit dem genauen Wortlaut)
- deren Vergleich innerhalb von 100 Jahren
- die bei der Probezählung 1989 verwendeten, und weitgehend unverändert auch 1991 zum Einsatz gelangenden Fragebögen
- einen Vergleich mit der Volkszählungen in der BRD
- ein Szenario über die Vernetzung von Daten
- einen historischen Überblick, der zeigen soll, welche politischen Hintergründe vor allem in Volkszählungen schon immer gesteckt sind, ohne die datenschutzrechtliche Brisanz ausser Acht zu lassen
- und noch einiges mehr.

Der Reader sollte sich möglichst rasch verbreiten und eine gute Basis für verschiedenste Auseinandersetzungen mit dem Thema sein. Er wurde so konzipiert, daß er von jedmöglichen Initiativen auszugsweise, als ganzes oder gar erweitert weiterverwendet und selbst weiterkopiert werden kann und so weiter.

Der Reader ist unter anderem beim TATblatt-Wien zum Preis von S 70,— erhältlich (und natürlich zu bestellen).●

Für das Sozialprojekt "Ganslwirt"

"Pint spinnt"

(Hochschülerschaft der TU)

Mittels Unterschriftenaktion und offenen Briefes will die Hochschülerschaft der Technischen Universität Wien das Sozialprojekt "Ganslwirt", eine geplante Betreuungsstation für sog. "Karlsplatzkinder" im 6. Wiener Gemeindebezirk, durchsetzen. Bislang 1500 Personen haben einen offenen Brief an den Mariahilfer Bezirksvorsteher unterschrieben, in dem ihm, Pint, "billige, polemische Angstmacherei" vorgeworfen wird und selbiger zur "Ergreifung geeigneter Maßnahmen im Zusammenhang mit der (Drogen-)Problematik" aufgefordert wird. Pint hatte zuvor in bezirksweiten Aussendungen ("Ganslwirt — nur über meine Leiche") versucht, den 6.Bezirk quasi als Endpunkt des internationalen Drogenhandels darzustellen und die Bedrohung der BesucherInnen im Bezirk gelegener Schulen prophezeit (flinke GesellInnen haben erst kürzlich per Sprühdose, hoffentlich FCKW-frei, "Pint spinnt" auf das Haus der Bezirksvorstehung gereimt). Die betroffenen SchülerInnen wehrten sich jedoch in von ihnen organisierten Informationsveranstaltungen und der Sendung "X-Large" gegen diese mißbräuchliche Vereinnahmung durch Pint.●

Offene Briefe und Unterschriftenlisten gibts bei der ÖH der TU: A-1040 Wien; Wiedner Hauptstr.8-10

Georg hälts Maul.....

Georg W., Gefangener seit der Opernballdemo weiterhin in Haft

(TATblatt Wien)

In der letzten Ausgabe des TATblatts sind uns einige Fehler unterlaufen. EinE TipperIn überließ das recherchieren lieber den KorrekturleserInnen, diese wiederum den LehauterInnen, ...naja, und so kam es, daß....also die Formulierung "von den ursprünglichen Vorwürfen von Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, organisiertem Raub und Widerstand gegen die Staatsgewalt ist nicht allzuviel übrig geblieben" kann unter den Vorraussetzung unseres inzwischen korrigierten Wissensstandes einfach nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Korrekt ist eigentlich das Gegenteil. Daß der Polizei die Konstruktion von Delikten wie Landfriedensbruch schwer fallen würde, war — nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen der Aegidiräumung — abzusehen. Sonst bleibt aber alles beim alten:

In der Anklageschrift wird Georg vorgeworfen, während der Demonstration gegen den Opernball mit einer Bambusstange (sic!) eine Glasscheibe eingeschlagen zu haben (Einbruchdiebstahl), zwei hinter der Glasscheibe gelagerte Bierdosen entwendet und eine davon gegen ein Polizeiauto geschleudert zu haben (Sachbeschädigung), einen Polizisten mit besagter Stange auf den Kopf geschlagen (schwere Körperverletzung) und dadurch Widerstand gegen die Staatsgewalt begangen zu haben.

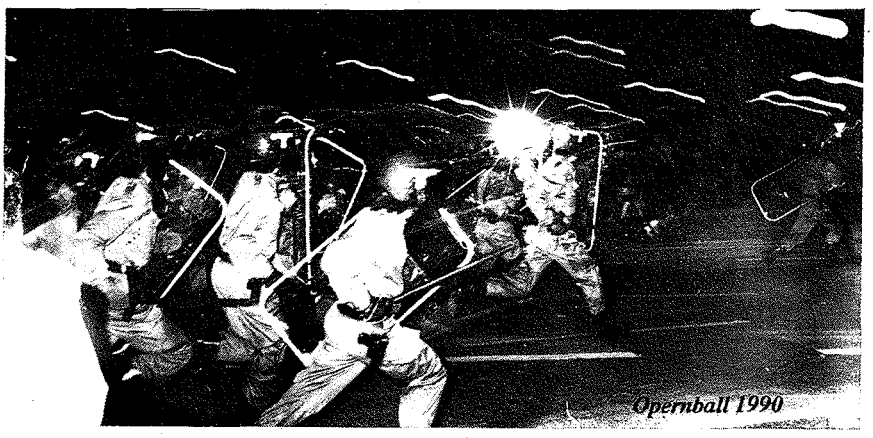
Georg hat sich bis jetzt konsequent geweigert, zu den Vorwürfen der Polizei Stellung zu nehmen, und das mit gutem Grund:

Der Georg angeblich belastende Akt ist derart offensichtlich das Ergebnis beamteter Absprachen, daß jede Aussage Georgs nicht seiner Entlastung gedient, sondern nur der Polizei geholfen hätte, ihre Story glaubwürdiger zu gestalten.

Die Anzeige, der Akt...

Um etwa 22.38 Uhr nahmen Oblt. Werner Granig, und Revierinspektor Johann Pölzlbauer von der Verkehrsabteilung das "klirren von starkem Glas wahr". Als sie sich "in Richtung des Geräuschs" wandten, konnten sie eine Gruppe von etwa 10, teilweise vermummten Personen erkennen, die aus einer Billa-Filiale Spirituosen und Bierdosen entwendeten. Zwar getrauten sie sich "auf Grund der prekären Situation (drohende Haltung der Demonstranten)" nicht einzuschreiten, dank ihrer geschulten Adleraugen waren sie jedoch in der Lage, aus der weiten Entfernung das genaue Volumen der entwendeten Bierdosen zu erkennen: Es waren Halbliterdosen. Sie verständigten die Alarmabteilung, die dann den Täter samt Fahnenstange festnehmen konnte.

Von einer Verständigung über Funk weiß die Besatzung der Sektorwagen 1 und 2 (Alarmabteilung), die Georg festgenommen hatte, nichts zu berichten. Ihr fiel Georg nur deshalb auf, weil er sich in einer Gruppe von Personen befand, die "Kriegsgeheul" von sich gab. Georg soll in der einen Hand eine rot-schwarze Fahne und in der anderen eine Wurfbereite Bierdose gehalten haben. Zweitere soll sich kurz danach auf der Windschutzscheibe des



Opernball 1990

Sektorwagens 1 (BP 268, Besatzungskommandat Marco Smoliner) eingefunden haben, wo sie einerseits das Glas verschmutzt, andererseits das Kunststück zuwege gebracht haben soll, auch gleichzeitig den Außenspiegel einzudellen. Jedenfalls wurde Georg festgenommen, wobei sich Smoliner (Mr. Club 2) wieder einmal als echter Liberaler profilieren konnte. Anstatt, wie sonst üblich, die Opfer polizeilichen Einschreitens in Gesicht (z.B. Christian Schörghuber) und Geschlechtsteile zu treten, erfolgten "die Schläge mit dem Gummiknüppel (...) gegen die Muskelpartien des Oberkörpers und zur Abwehr der Fahnenstange", mit der Georg allein gegen 7 Beamte der Alarmabteilung losgegangen sein soll. Bei Georg finden die Beamten zwei Bierdosen. Dieser Fund veranlaßt sie zur Annahme, daß "W. offensichtlich bereits bei der durch Waffengewalt aufgelösten Demonstration vor der Oper teilgenommen hatte, bzw. er unmittelbar in Wien 6., Linke Wienzeile 'Billa-Filiale' eingebrochen hatte". Selbst gesehen haben sie ihn dabei jedoch nicht!

Georg gesehen haben wollen jedoch der Bezirksinspektor Thomas Feisthauer und Mario Fröhlich vom Sicherheitsbüro sowie Werner Eberhard und Peter Aschenbrenner (Staatspolizei), die "im Zuge der Opernballdemonstration als Sprechstellen 105 und 106 in der Demonstrantenszene eingesetzt waren". In einem Bericht mit dem Titel "Beobachtung eines Täters bei Einbruchdiebstahl und Observation bis zu dessen Festnahme durch die Sicherheitswache" beschreiben sie, wie sie sich unter den völlig vermummten "harten Kern" der Demonstranten gemischt hätten und beobachten konnten, wie ein ca. 170cm großer Mann sich aus einer Gruppe Vermummter gelöst haben soll und mit einer Stange die Glasscheibe des Billa eingeschlagen hätte. Danach soll er erst zwei Dosen Bier eingesteckt und dann die Umstehenden zur Plünderung des Ladens aufgefordert haben. Besonders wichtig ist den berichtschreibenden Polizisten, "daß die Scheibe erst nach mehrmaligem, äußerst kräftigem Hinschlagen mit der Fahnenstange zerbrach" (Wie gesagt: Georg hatte eine Bambusstange als Fahnenstange). Die folgende Observierung des Täters wird nur in kurzen Worten beschrieben. Die Ortsangaben sind dabei derart ungenau, daß vermutet werden muß, die berichtenden Polizisten seien gar nicht dabei gewesen. Die Ortsangaben der festnehmenden Beamten sind wesentlich genauer abgefaßt. Indirekt geben die "secret agents" auch zu, gar nicht an Ort und Stelle gewesen zu sein. Aus Gründen der Eigensicherung hätten sie nämlich den Aktionsraum in Richtung Kärntnerstraße verlassen müssen. Auch sonst sind die Angaben der "Supersheriffs" mehr als fragwürdig: Zum einen war es ihnen trotz angeblicher Ortsanwesenheit nicht möglich, mit der Alarmabteilung Kontakt aufzunehmen (sehr wohl aber mit der "Zentrale"), zum anderen sind alle im Bericht erwähnten Funksprüche nicht in dem uns vorliegenden polizeilichen Funkprotokoll enthalten.

Ohne irgendjemanden der Lüge oder des Mißbrauchs der Amtsgewalt beschuldigen zu wollen, müssen wir auch darauf hinweisen, daß im Bericht der "Supersheriffs" AUSDRÜCKLICH von zwei Dosen die Rede ist, die der Täter eingesteckt haben soll. Diese Aussage steht aber in Widerspruch zu jener der festnehmenden Beamten der Alarmabteilung, die bei Georg zwei Dosen gefunden haben wollen, obwohl er doch zuvor eine gegen das Polizeiauto geschleudert haben soll. Und auch

die Schadensaufstellung der Firma "Billa" erweckt den Eindruck gewisser Beliebigkeit in der Aufzählung der abhanden gekommenen Waren. Bis auf zwei Ausnahmen werden jeweils ganze Getränkekisten (bzw. deren Vielfaches) als verloren angegeben (siehe Auflistung). Da, wie wiederholt in den verschiedenen Polizeiberichten festgestellt wird, die Sicherung des Geschäftes "umgehend" vorgenommen wurde, ist es wenig glaubwürdig, daß Plünderer bis in das Lager vorgedrungen sein sollen (abgesehen davon, daß ein Eindringen ins Lokal in keinem Bericht erwähnt wird). Nur von dort aus aber könnten sie gleich ganze Kisten Kaffee und jeweils ganze Kartons mit Champagner, Cognac oder Calvados reprivatisiert haben.

Kurz zusammengefaßt vermittelt der vorliegende Akt den Eindruck, daß aus zwei, völlig von einander unabhängigen Ereignissen mittels Absprachen ein zusammenhängendes Bild konstruiert wurde. Die "Beobachtungen" der Hauptbelastungszeugen sind derart präzise, daß sie ebenso auch nur aus den Berichten der beiden anderen Meldungsleger abgeschrieben sein könnten. Wesentliche Passagen, etwa die Beschreibung des Täters oder die Anzahl der plündernden Personen, sind nicht bloß ähnlich, sondern in allen Berichten WORTIDENT wiedergegeben (die Suche nach einem Täter in dunkler Kleidung und mit schwarz/roter Fahne dürfte im übrigen ähnlich unkompliziert sein, wie die nach dem Träger einer grün/weißen während eines Rapidspiels).

Besonders erstaunlich noch: Die einzigen, die Georgs Täterschaft wirklich belegen könnten, die vier "Supersheriffs", sind nicht als Zeugen zum Prozeß geladen. Warum das so ist, bleibt Geheimnis der Staatsanwaltschaft. Aber niemand kann uns daran hindern, uns dazu unseren Teil zu denken.

Der Prozeß gegen Georg findet am **25.4.1990** im Landesgericht für Strafsachen in Wien statt. Zeit und Ort sind leider noch nicht bekannt und können wegen unseres Erscheinungstermins auch nicht mehr rechtzeitig bekannt gegeben werden. WelcheR kommen will, und das sind hoffentlich sehr viele, ist eingeladen, den genauen Termin nach Ostern bei uns telephonisch zu erfragen.●

Bitte, bitte schreibt Georg!!!
Georg Wendel
Landesgerichtsstr.11
Zelle C 407
A-1080 Wien

Staatspolizei unter Erfolgsdruck

Der Vorzeigeterrorist

Nach Amnesty-Bericht, Opernball und "Spitzelaffaire" konnte die Wiener Staatspolizei Ende Februar mit einer Erfolgsmeldung aufwarten. Über AZ und Kurier ließ sie verlauten, den Verantwortlichen der "Bombenserie" der letzten Monate gefunden und festgenommen zu haben. Die Ratskammer im Wiener Landesgericht für Strafsachen scheint anderer Meinung zu sein: Am 6.4. beschloß sie die Freilassung des Peter K., der seit 19.3. sein Dasein als Untersuchungshäftling im Hochsicherheitstrakt des LG 1 fristen muß. Diese hängt jedoch nicht zuletzt von der Staatsanwaltschaft ab. Sie könnte, und zur Zeit sieht es ganz so aus, mit einer Berufung gegen die Entscheidung der Ratskammer Peters Totalisolation (Einzelzelle, kein Besuch) noch um Wochen verlängern.

(TATblatt Wien)

Peter K. gehört zum Kreis der ehemaligen BewohnerInnen der besetzten Häuser in der Aegidigasse/Spalowskygasse. Seit der überfallsartigen Räumung und Schleifung dieser Häuser muß er einen Großteil seiner Zeit am Karlsplatz verbringen. Und dort wurde er auch zusammen mit acht anderen Personen Mitte vorigen Jahres von der Polizei festgenommen. Warum, darüber schweigen die Akten.

Damals, in der Polizeihaft, behauptet heute die Staatspolizei, soll sich Peter K. seinen Mitgefangenen gegenüber als Bombenleger zu erkennen gegeben haben. Als staatspolizeiliche Quelle müssen dabei zwei der seinerzeitigen Mitgefangenen herhalten: Sie dürften Peter anläßlich einer neuerlichen Festnahme des serienweisen Bombenlegens beschuldigt haben. Mangels dazugehöriger Bombenserie mußte die Staatspolizei dazu übergehen, eine solche zu konstruieren. Peter soll:

- für einen Anschlag auf einen Baukran der Firma Hazet im Herbst 1988
- für einen Ende September 1988 in einem noch nicht bezogenen Neubau der Wiener Polizei abgestellten, mit Kalium-Chlorat gefüllten Feuerlöscher
- für einen am 20.4.89 neben einer Gastarbeiterbaracke in Wien-Simmering nicht detonierten, mit Natrium-Chlorat gefüllten Druckkochtopf
- für die Explosion eines ferngezündeten Kochtopfs am 14.Mai 1989 entlang der A4, der sog. Flughafenautobahn
- und für die erst kürzlich vorgenommene Zerstörung mehrerer Mercedes in Wien-Donaustadt verantwortlich sein.

Das Sicherheitsbüro, das mit der Klärung der einzelnen Anschläge beauftragt ist, kann jedoch lt. ihres Sprengstoffsexperten keinerlei Zusammenhang erkennen. Im Gegenteil: Die Anschläge seien von verschiedenen Personen oder Personengruppen verübt worden. Der Polizei bei der Lösung diese Problems zu helfen, liegt uns fern. Nicht ganz unwesentlich erscheint uns allerdings:

- daß der Anschlag auf das Wiener Polizeigebäude nur wenige Tage nach Verhaftung von über 20 Neonazis verübt wurde
- daß ein Bombenanschlag auf ein Gastarbeiterquartier, verübt am 20.4.1989 (Adolf Hitlers 100.Geburtstag) wohl fraglos auf das Konto von Rechtsradikalen geht
- daß Peter K. im April 1989 in Haft war, und uns darüber hinaus die soziale und räumliche Gegebenheiten des Karlsplatzes wenig geeignet erscheint, um Unkraut-Ex mit Staubzucker zu mischen, in Kochtöpfe oder Feuerlöscher zu füllen und vor allem, komplizierte Zündvorrichtungen zu bauen.

Viel plausibler erscheint uns jedoch, daß die Staatspolizei ihren Ruf notorischer Erfolgslosigkeit mit Hilfe der "Kinder vom Karlsplatz" (Peter ist übrigens 30 Jahre alt) aufbessern wollte. Das Strickmuster staatspolizeilichen Erfolgs ist bereits erprobt. Im Sommer 1989 verfolgte die Staatspolizei die angeblichen Mercedesschieber des vorjährigen Opernballs kreuz und quer durch den Karlsplatz. Wie heute Peter K. soll damals Sanjin.O. anderen "Karlsplatzkindern" erzählt haben, beim Mercedesschieben dabei gewesen zu sein. Obwohl Sanjin stets beteuert hatte, mit dem Mercedes nichts zu tun gehabt zu haben ("ich hab'nur angegeben") und alle Zeugen ihre Aussagen als von der Polizei unter Druck herbeigeführt zurückgezogen hatten oder sich nicht erinnern konnten, wurden Sanjin O. und drei weitere Personen zu Haftstrafen verurteilt. Waren es im Sommer 1989 Jugendliche, an denen ein Exempel statuiert wurde, sind es heute die Aegidis, die unter dem Vorwand, einen Bombenleger als Freund zu haben, zur Polizei vorgeladen werden. Wurden Sanjin und seine FreundInnen vornehmlich zu ihren verschiedenen Spitznamen befragt, scheint im Falle Peters die, seine Bekannten vernehmende Polizei auch nichts anderes zu interessieren. Ziel ist die Durchleuchtung und Kriminalisierung einer ganzen Szene; die "Klärung" verschiedener, bislang ungeklärter, aber Aufsehen erregender Kriminalfälle erhofftes Nebenprodukt.

Wie im Witz: Peter K. wurde auch zum Mord am Wiener Wasserpolizisten Rogner im Jahre 1986 vernommen.

Wenig witzig ist aber nicht nur die Ähnlichkeit der Konstrukte "Sanjin" und "Peter", sondern auch die Identität der "ermittelnden" Staatspolizisten. Wieder sind es die Beamten Riedl, Wegscheidl und Egger, die die "Ermittlungen" leiten.●

Prozeß betreffend 15.September-Demo

»Die Polizei braucht die Unterstützung der Justiz....«

"...Wieder werden Menschen von der Polizei isoliert und von den Umstehenden befreit. Am Ende bleibt ein Unglücklicher in Handschellen über. Quasi als Trophäe wird er den inzwischen herbeigeeilten JournalistInnen präsentiert und danach ins Polizeigefangenenhaus abtransportiert." TATblatt-O-Ton anläßlich eines Polizeiüberfalls auf einen Lautsprecherwagen nach "Der Demo" am 15.9.1989 in Wien. Jetzt war Prozeß.

(TATblatt-Wien)

Martin D. steht als Vorbestrafter vor Gericht. Bereits 1985 war er zu einer bedingten Haftstrafe verurteilt worden, weil er bei einer Bundesheerparade ein Transparent mit der Aufschrift "für den Sieg im dritten Weltkrieg" getragen hatte. Irgendwie war daraus Widerstand gegen die Staatsgewalt geworden. Zur Erinnerung:

Nach der Demonstration vom 15.9.89 ("die Demo") war der Lautsprecherwagen von der Polizei angehalten worden. Die InsassInnen wurden aus dem Wagen gezerrt, zu Boden geworfen und perlustriert. Im Wagen fand die Polizei eine Lautsprecheranlage, ein paar leere Bierflaschen, Transparente, ein Notstromaggregat zum Betrieb der Anlage und einen Kanister mit Benzin. Das Benzin diente zum Betrieb des Aggregats und war kurz zuvor im Beisein eines Staatspolizisten legal an einer Tankstelle erworben worden (während der Demonstration war der Anlage der Saft ausgegangen).

Dennoch konstruierte die Polizei aus den vorgefundenen Dingen Molotowcoctails: Eben Benzin, leere Flaschen und Fetzen zum Anzünden. Die BusinsassInnen wurden abgesondert, in eine Hauseinfahrt gedrängt. PassantInnen auf dem Heimweg von der Demonstration notierten die Namen der Festgehaltenen. Das war der Polizei unangenehm. Unbedingt wollte sie den Notizblock ergattern und provozierte eine Schlägerei, die fast die gesamte Fahrbahnbreite der Operngasse beanspruchte. Doch anstelle des Notizblocks fiel Martin in die nicht gerade zimperlichen polizeilichen Hände. Vorwurf: Er soll, nachdem er einem Beamten seinen Ausweis übergeben hatte, diesen ins Gesicht geschlagen und dann seelenruhig, als wäre nichts geschehen, weiter dem Lauf der Dinge geharrt haben.

Martin verweigerte bei Polizei und Gericht standhaft jede Aussage. Erst am Ende des Verfahrens, in seinem Plädoyer, wolle er seine Sicht der Dinge schildern. Jede vorher gemachte Aussage könne nur der Absprache der Polizisten dienlich sein. Widerwillig mußte der Richter akzeptieren und die Vernehmung des Angeklagten verschieben, stattdessen mit der Anhörung der Polizeizeugen fortfahren.

So richtig erinnern konnte sich jedoch keiner der Beamten. Ihre Angaben über Ort, Zeit und Hergang des Geschehens differierten derart, daß es schien, es handle sich um völlig verschiedene Ereignisse. Als schon alles zu spät, der Freispruch unabwendbar scheint, wirft der Staatsanwalt sein ganzes Gewicht in die Waagschale, versucht sich in Politik: "Die Polizei", so der clevere Ankläger, "braucht die Unterstützung der Justiz". Soviel Staatsräson mag der Richter trotz Amnestybericht und Spitzelaffäre nicht gelten lassen. Martin wird freigesprochen, daß Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig.●

Postkartenaktion gegen Visapflicht

Als Protest gegen die Visapflicht gegen Rumänische StaatsbürgerInnen haben zahlreiche Initiativen eine Postkartenaktion gestartet. Bitte untenstehendes Faksimile ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und einsenden an: *Bundesminister für Inneres Dr Franz Löschnak; Herrengasse 7; 1010 Wien.*

Herrn Bundesminister Dr. Franz LÖSCHNAK, Bundesministerium für Inneres, Herrengasse 7, 1010 Wien

Betrifft: Österreichs Ansehen, meine Menschenwürde und Sie.

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

Österreich wird im Ausland bekanntlich oft genug als Naziland angegriffen. Von einer österreichischen Regierung und einem sozialistischen Innenminister erwarte ich, daß er einem solchen Image entgegenwirkt und nicht, daß er es verstärkt.

Ich empfinde Ihre Asylpolitik, wie sie im neuen Fremdenpolizei-, Paß- und Grenzkontrollgesetz sowie in Ihren jüngsten Maßnahmen anläßlich der maßlosen Aufbauschung von angeblich zu erwartenden Flüchtlingszahlen zum Ausdruck kommt, als Angriff auf das internationale Ansehen dieses Landes und auf meine persönliche Menschenwürde.

Ich **fordere Sie daher auf,** die am 15. 3. eingeführte **Visapflicht** für Rumänen ebenso wie die älteren für Bulgaren und Türken **unverzüglich aufzuheben und endlich die strukturellen und finanziellen Möglichkeiten einer Politik zu schaffen, die AsylwerberInnen hier in Österreich nicht isoliert, sondern sie integriert und ihnen einen Neubeginn ermöglicht, bei Wahrung ihrer kulturellen, nationalen und religiösen Eigenständigkeit.**

.....

Vorname, Familienname, Adresse Unterschrift

Bitte den obigen Text fotokopieren, verteilen, absenden.

Postkarten können auch durch Überweisung bestellt werden, öS 50,- je 100 Stück, beim FORVM PSK Kto. 7514.001

Kontakt: Irene Oberschlick, Christoph Komatz, Gerhard Sturm, 1090 Wien, Lustkandlgasse 10/24, Tel. 311 8722

Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz

Von Seiten des Sozialminisieriums ist eine Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes geplant, dem – im Gegensatz zu den jüngst verabschiedeten Verschärfungen im Aufenthaltsrecht – eine Begutachtungsfrist vorausgeht. Von einem koordinierten Vorgehen kann trotzdem keine Rede sein. Wir dokumentieren in dieser Ausgabe die Kurzfassung einer Stellungnahme von AusländerInnenorganisationen. Siehe dazu auch TATblatt minus 76, Seite 4

Kurzfassung der Stellungnahme der Ausländerorganisationen zum Ausländerbeschäftigungsgesetz

Obwohl bereits vor drei Jahren eine koordinierte Reform zum gesamten Fremdenrecht in Aussicht gestellt wurde, wird derzeit ein von Experten als menschenrechtswidrig bezeichneter Gesetzesentwurf zur Novellierung des Fremdenpolizei-, Paß- und Grenzkontrollgesetzes im Parlament beraten, während völlig unabhängig davon eine Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz unter Ausschluß der Betroffenen und der Ausländerorganisationen ausgearbeitet wurde.

Die wesentlichen Kernpunkte dieser Novelle sind:

1) Eine drastische Verschärfung bei den erstmaligen Zulassungen von Ausländern am österreichischen Arbeitsmarkt

Die Möglichkeit einer Erteilung der Beschäftigungsbewilligung für die erstmalige Arbeitsaufnahme eines Ausländers soll zukünftig nur mehr dann möglich sein, wenn für den betroffenen Ausländer bereits vor der ein Einreise eine Zusage für eine Beschäftigung vom Arbeitsamt ausgestellt wurde oder wenn er sich bereits mehr als drei Jahre hier aufhält. Obwohl sich Österreich offiziell zur Familienzusammenführung bekennt und diesbezügliche Verpflichtungen übernommen hat, sind selbst Familienanghörige von langjährig in Österreich lebenden Ausländern von dieser Bestimmung nicht ausgenommen.

Der Gesetzesentwurf gibt zwar vor, wirksame Mittel zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung durch diese Novelle einzuführen, drängt jedoch gleichzeitig durch solche restriktiven Bestimmungen in Österreich lebende Ausländer in die Schwarzarbeit mit all den damit verbundenen negativen Auswirkungen.

2) die Möglichkeit, Höchstanteile von Ausländern in Betrieben festzulegen

Zukünftig sollen die Sozialpartner bei den Verhandlungen über die Kontingente der Ausländerbeschäftigung auch gleich Höchstanteile für Betriebe und Betriebsabteilungen festsetzen können. Durch diese Neuregelung wird fremdenfeindlichen Wahnvorstellungen, es gäbe fixe Grenzen für die "Belastbarkeit" sozialer Systeme druch Ausländer, Vorschub geleistet. Die Gewerkschaften sollten sich lieber für eine bessere rechtliche Absicherung von Ausländern einsetzen, als diese vom Arbeitsmarkt auszugrenzen.

3) leichterer Arbeitsplatzwechsel für jene, die schon lange in Österreich gearbeitet haben

Von der Einführung einer echten Arbeitserlaubnis wie in anderen europäischen Staaten, die nicht dem Arbeitgeber, sondern dem ausländischen Arbeitnehmer selbst ausgestellt wird, wurde weiterhin Abstand gehalten. Durch die Schaffung einer Arbeitserlaubnis hätte der Betroffene als Inhaber des Rechtstitels Parteienstellung im Verfahren und die Möglichkeit zum Wechsel des Arbeitgebers ohne Neubewilligung. Statt dessen sieht die Novelle die einführung einer besonderen Beschäftigungsbewilligung vor, die weiterhin dem Arbeitgeber ausgestellt wird und den erlaubten Wechsel nur innerhalb einer bestimmten Branche und eines bestimmten Bundeslandes zuläßt.

Für die Erteilung eines Befreiungsscheines sieht der Entwurf eine vorsichtige Verbesserung der Bedingungen vor, wobei als Maßstab nicht die großzügigsten Regelungen in Europa dienen, sondern die ohnehin restriktiveren, nämlich jene der BRD und selbst dieses Niveau durch die Novelle nicht erreicht wird.

4) schärfere Kontollen gegen illegale Beschäftigung

Die vorgeschlagenen Kontrollen durch die Arbeitsmarktverwaltung zur eindämmung der illegalen Beschäftigung in den Betrieben wird befürwortet, sofern nicht dadurch ausländische Arbeitskräfte anstatt der dafür verantwortlichen Arbeitgeber direkt oder indirekt bestraft werden. Die Beiziehung von Polizei bei den Betriebskontrollen und die Verweigerung von Beschäftigungsbewilligungen aufgrund vorangegangener illegaler Beschäftigung tragen sicher nicht dazu bei, Ausländer vor der Ausbeutung von skrupellosen Arbeitgebern zu schützen.

Gleichzeitig wird durch die Novelle ein Teil der in Österreich lebenden Ausländer von Zugang zum Arbeitsmarkt ausgesperrt, was einem Ziel der Novelle, nämlich der Eindämmung der Schwarzarbeit, nicht sehr dienlich sein wird.

Eine vernünftige Ausländerbeschäftigungspolitik darf daher gerade für die faktische Immigration die Zugänge zum legalen Arbeitmarkt nicht völlig versperren.

Strikt abzulehnen sind Vorschläge, die unter dem Vorwand, die Schwarzarbeit zu bekämpfen, die Umgehung sozialrechtlicher Vorschriften und kollektivvertraglicher Bestimmungen legalisieren wollen. Dazu gehört etwa die Forderung der Nationalratsabgeordneten Dr. Feuerstein, einen eigenen rechtliche Status für Grenzgänger und Saisonarbeiter zu schaffen.

Der Entwurf klammert eine Reihe von dringenden Anliegen und Vorschlägen, die bereits anläßlich der ersten Novellierung von Ausländerorganisationen vorgebracht wurden, aus. Dazu zählen ua.:

- Die Ausnahme aus dem Geltungsbereich des Gesetzes für langjährig in Österreich lebende Ausländer, denen selbst der Gesetzeskommentar bescheinigt, in Österreich integriert zu sein.
- Die Beseitigung der Bewilligungspflicht für ausländische Lehrlinge, die laut Gesetz sogar restriktiver zu erteien ist als reguläre Beschäftigungsbewilligungen und überdies im Widerspruch zu internationalen Konventionen der ILO und des Europarates und der Praxis in anderen europäischen Ländern steht.
- Die Einführung einer echten Arbeiterlaubnis nach längstens einem Jahr, die dem ausländischen Arbeitnehmer als Ihaber des Rechtstitels Parteienstellung im Verfahren einräumt und einen Arbeitplatzwechsel ohne Neubewilligung ermöglicht.
- Die Einführung von Sonderregelungen für den gesamten Familiennachzug, die diesem Personenkreis eine Beschäftigungsaufnahme in Österreich ermöglichen, wie zB. eine Orientierung am Status des Ersteinwanderers, ein erleichterter Zugang zum Befreiungsschein für jugendliche Ausländer,...
- Die Schaffung von Sonderbestimmungen für bestimmte Personengruppen, denen aus sozial-humanitären Gründen der Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden soll, wie zB. Asylwerbern, ausländischen Studenten während ihres Studiums, behinderten Ausländern,...
- Die Beseitigung von totem Recht im Ausländerbeschäftigungsgesetz, das eine Bedrohung für alle in Österreich lebenden Ausländer darstellt, wie zB. die Möglichkeit, per Verordnung (bundes- oder landesweite) Höchstzahlen der Ausländerbeschäftigung festzulegen,...
- Die Beseitigung der Bestimmung, daß Ausländer bei drohenden Kündigungen oder Kurzarbeit vorrangig zu kündigen sind.

usw.

Soweit der rechtliche Kommentar. Darüberhinausgehend sollte die politische Forderung nach einer Abschaffung aller Sonderregelungen für Personen, die nicht die österreichische Staatbürgerschft besitzen aufgestellt werden.●

Frankreich:
Rassismus und Aushöhlung des Asylrechts

(standard, kontraste)

Zwar soll in Frankreich Rassismus jetzt von Regierungsseite bekämpft werden, aber das Asylrecht wird weiter ausgehöhlt. Die 1972 geschaffene Antirassismus-Gesetzgebung, die rassistische Übergriffe mit Geldstrafen und Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr bedroht, soll endlich angewendet werden soll. Demgegenüber wirft der französiche Ex-Ministerpräsident Giscard d'Estaing der Regierung vor, "jahrelang keine Ausländerpolitik betrieben zu haben und zu lax gegenüber illegalen Einwanderern gewesen zu sein" (Standard).

In diesem Wind segeln nun auch die französischen Asylbehörden. Ähnlich wie in Österreich soll eine Art Schnellverfahren eingeführt werden, die Verfahrensdauer von bisher mehr als fünf Jahren auf durchschnittlich sechs Monate verkürzt werden. Damit soll eine soziale Verankerung der AsylwerberInnen, die — im Gegensatz zur BRD — in Frankreich arbeiten "dürfen", verhindert werden. Dazu wird der Haushalt der zuständigen Behörde, der OFPRA, verdreifacht, deren Beschäftigtenstand um ein Fünftel auf 300 erhöht.

Mehrere Gruppierungen haben inzwischen vor einer Aushöhlung des Asylrechts gewarnt: Die Genfer Flüchtlingskonvention werde von der OFPRA immer enger ausgelegt, wurde in einem in Straßbourg veröffentlichten Kommunique kritisiert.

Der Anteil der Ablehnungen sei von 66% im Jahr 1988 auf 72% im darauffolgenden Jahr gestiegen. Oft sei nur auf der Grundlage einer einfachen schriftlichen, oft ungeschickt formulierten Erklärung entschieden worden.

Die Diskussion um die Verschärfung des Asylrechts findet in einer Athmosphäre statt, die von rassistischen Ausschreitungen gepfägt ist: Fast täglich werden Überfälle auf Menschen nicht-weißer Hautfarbe bekannt, es hat bereits mehrere Todesopfer gegeben (Stand: Mitte März) Siehe auch Frankfurter Rundschau vom 5. und 14. März 1990●

Visumpflicht für türkische StaatsbürgerInnen verlängert

(TATblatt-Wien)

Am Dienstag, dem 3. April hat der Ministerrat die unbefristete Verlängerung der Visumpflicht für türkische StaatsbürgerInnen beschlossen. Die Befristung der Visumpflicht stellt sich damit endgültig als Mittel, diese "leiser" einführen zu können, heraus.

Die Visumpflicht war Mitte Jänner als "Maßnahme gegen das Schlepperunwesen" eingeführt worden; die Türkei verhängte daraufhin Visumpflicht für österreichische StaatsbürgerInnen. Löschnak hatte Ende Jänner nach einem Besuch bei dem bundesdeutschen Innenminister Schäuble verkündet, die Visumpflicht habe bereits Erfolge gezeigt, die Schleppertätigkeit sei weitestgehend ausgeschaltet worden.

Letzten Donnerstag fand im Amerlinghaus in Wien eine Veranstaltung statt, die Lebensbedingungen und Fluchtsituation von in der Türkei lebenden KurdInnen zum Thema hatte. Diese Veranstaltung war von mehreren Flüchtlingshilfegruppen initiiert worden, nachdem im Innenministerium ein Rundschreiben aufgetaucht war, der die Situation von Kurdinnen und Kurden in der Türkei zum Inhalt hatte. Darin wurde — auf der Basis von Informationen aus dem türkischen Innenministerium — behauptet, KurdInnen seien als Volksgruppe in der Türkei nicht verfolgt. Die Echtheit des Rundschreibens sei durch mehrere Zeugen belegt, wurde bei der Veranstaltung betont.

Mittlerweile wurde bekannt, daß in Kärnten — möglicherweise auf der Basis dieses Rundschreibens — Asylanträge von mindestens zehn kurdischen Flüchtlingen abgelehnt wurden. Im Gegenzug fordert die Sicherheitsdirektion Kärnten jetzt die Rückerstattung von angefallenen Dolmetschkosten. Die Flüchtlinge werden inzwischen von der Kärntner Projektgruppe AusländerInnenbetreuung unterstützt.1

Auch bisher wurden immer wieder Kurdinnen und Kurden nicht als Flüchtlinge anerkannt. Ablehnende Bescheide wurden meistens damit begründet, daß die individuelle Verfolgung nicht nachgewiesen worden sei, was jedoch aus einer Fluchtsituation heraus kaum möglich ist.●

Erste österreichische Gratiszeitung in der ČSSR:

„Hallo Nachbarn"

Die Öffnung der Grenzen unseres nördlichen Nachbarlands ČSSR hat dem Handel und der Wirtschaft des östlichen und nördlichen Österreich neue Käuferschichten erschlossen. Auf die Frage, wie man diese Konsumenten werblich erreichen kann, gab es bislang keine befriedigende Antwort.

Ab sofort gibt es eine Möglichkeit:

Als erstes österreichisches Werbebüro kann die Globus Ost-West-Werbung der heimischen Wirtschaft eine leicht zugängliche Werbeplattform für unser nördliches Nachbarland ČSSR anbieten — eine Gratiszeitung, die unter dem Titel „Hallo Nachbarn" in tschechischer und slowakischer Sprache im Globus-Verlag herausgegeben und vorerst monatlich erscheinen wird.

Diese Gratiszeitung soll den Charakter einer überparteilichen Verbraucherinformation haben, die außer Werbung möglichst viele interessante Produktpräsentationen (ein Ankünderservice, das unseren Kunden kostenlos zur Verfügung steht), Leistungen verschiedener öffentlicher Institutionen (Parkplatzangebot der Gemeinden, kostenlose Zubringer, usw.) und vieles mehr enthalten soll, was für die Gäste aus der ČSSR von Interesse sein kann.

Zwei Ausgaben

Vorerst sind zwei Ausgaben vorgesehen, die Ende April, Anfang Mai, erstmalig erscheinen: Die Ausgaben „Bratislava" (240.000 Auflage) und „Brünn" (200.000 Auflage) werden durch die Post an die Haushalte zugestellt; für die Brünner Ausgabe sind auch private Verteiler tätig.

Weitere Regionalausgaben sind in Vorbereitung.

Auf ihre Art will jetzt auch die KPÖ von der "Öffnung des Ostens" für das "freie Unternehmertum" profitieren: als Vorreiterin des Kapitalismus in der CSSR. Jedenfalls wirbt die Globus Ost-West-Werbung, Werbeagentur des KP-eigenen Minikonzerns Globus, schon fleißig für ihr Medienprojekt "Hallo Nachbarn", mit dem sie den Menschen in der CSSR offenbar die "Vorzüge" einer Konsumgesellschaft österreichischer Prägung nahebringen will.

So wird "mitregiert":

BRD will Visumfreiheit DDR-Türkei verhindern

(Wiener Zeitung)

Das Inkrafttreten einer Vereinbarung zwischen DDR und dem türkischen Staat, das gegenseitige Visumfreiheit erklärt, will die Bonner Regierung mit allen Mitteln verhindern. Der Regierungssprecher Dieter Vogel begründete dies mit der Reisefreiheit zwischen DDR und BRD und dem vorgeblich nach wie vor hohen Interesse türkischer Staatsbürger, in der BRD zu arbeiten und zu leben.●

Schubabkommen mit Ungarn

(TATblatt-Wien)

Ab Ostern sollen Flüchtlinge, die für Ungarn eine Aufenthaltsgenehmigung besitzen, dorthin zurückgeschoben werden können. Auf Initiative des österreichischen Innenministeriums soll nach Ostern ein unbefristetes Abkommen dazu unterzeichnet werden, in einem gegenüber den Vorstellungen des Innenministeriums "eingeschränkten" Umfang.

Solche Abkommen existieren bereits mit mehreren anderen Staaten, an die Österreich grenzt, allerdings bisher nicht mit die CSSR und Ungarn. Laut Innenministerium wären von der neuen Regelung vor allem Flüchtlinge aus der Türkei und von den Phillipinen betroffen.●

Take a bike to Ecotopia (take a car to hell!)

Demonstrative Fahrradtour durch Europa

16. Mai – 2. August

Ausgehend von der SEED-Konferenz in Bergen, Norwegen (siehe Artikel in dieser Nummer), gibt's eine aktionsreiche Fahrradtour quer durch Europa bis nach Ungarn. Ihr Ziel ist, durch verschiedene Aktionsformen auf die Umweltprobleme in ganz Europa aufmerksam zu machen.

(European Youth Forest Action – EYFA)

Die BIKE TOUR 1990 soll einerseits einen alternativen Lebensstil, der nicht durch Konsumation und Geld dominiert ist, zeigen und andrerseits die Möglichkeit geben, politische Verantwortung zu übernehmen: durch Aktionen und Information.

Die speziellen politischen Themen dieser Tour sind **Massentourismus** (1990 ist Jahr des Tourismus) und die wahnwitzige **EG-Verkehrspolitik**. Lokale Gruppen bereiten Aktionen und Exkursionen vor, an denen sich die Radlgruppe beteiligen soll. In Österreich sind zB Aktionen wegen der Ostautobahn und verschiedene Aktivitäten in Linz, Grein (Donaukraftwerk), Krems (Zwentendorf, Dürnrohr), Hainburg und Seewinkel geplant.

Die Tour hat die Form einer Staffel, dh jedeR kann mitfahren, solange sie/er will. Nur das Ökomobil, ein speziell ausgerüstetes Tandem, wird die ganze Zeit dabeisein.

Die durchschnittliche Tagesdistanz beträgt 50 km, Erholungstage sind zwischendurch eingeplant (Übrigens: Es werden noch Langstrecken-RadlerInnen gesucht, die mehr als 10 Tage mitfahren und vielleicht einige Aufgaben während der Tour übernehmen wollen). Die lokalen Gruppen sorgen für Übernachtung, Abendessen und Frühstück. Schlafsäcke und Isomatten müssen die Leute selbst mitbringen.

Die Tour endet in Bugac, Ungarn, wo dann das "ökologische Traumdorf" ÖKOTOPIA aufgebaut ist. Hier gibt es Arbeitskreise und Vorträge zu Themen, wie Verkehr, Recycling, Nahrung, biologische Landwirtschaft, Gentechnologie, Tropische Regenwälder,... — und außerdem sollen neue Pläne geschmiedet werden.

Kosten wird der ganze Spaß 12 DM für den ersten Tag (incl. Übernachtung), 8 DM für jeden weiteren und ab dem 14. Tag nix mehr (WelcheR nur tagsüber dabei sein will, braucht sich natürlich nicht anzumelden und nix zu zahlen). Ab Wien dann wieder 10 DM/Tag, weil ab hier Rampenplan, ein niederländisches Küchenkollektiv, 3 mal am Tag Essen machen wird. Der Aufenthalt in Ökotopia kostet 15 DM/Tag.

Weil es für die OrganisatorInnen wichtig ist, abzuschätzen, wieviele Leute mitfahren wollen, sollten sich alle **so bald, als möglich** (spätestens 4 Wochen vor dem 1. Beteiligungstag) anmelden. ●

Weitere Informationen bei:
Jutta Rauch,
Kainzgasse 20/17
1170 Wien
Tel: 597 14 43
oder
EYFA International
Postbox 566
6130 AN Sittard
Niederlande

A L T E R N A T I V E

MONATSZEITUNG

M O Z FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Vorschau auf das Aprilheft:

Hintergründig:
Grüne im Wahlkampf

Wohnungsgenossenschaften:
Parteien lachen, Mieter weinen

Expo 95 in Wien:
Feste in der Stadt

Staatspolizei:
Licht ins Dunkel?

Hörfunk in Berlin:
Radio Aktiv

Papierindustrie:
Kommt der Ausstieg aus der Chlorbleiche?

Lateinamerika:
Nichts zu lachen mit der Perestroika

Bulgarien, Moldawien, Kosovo:
Pulverfaß Balkan

Jetzt neu in der guten Trafik! Abo zu öS 320,- oder P r o b e e x e m p l a r bei Grün-Alternativ Verlag
Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Telefon 0222/408 35 71

«SEED» — Gegenkongreß zum UN-Kongreß

in Bergen, 12.-16. Mai

Die nordischen Solidaritäts- und Umweltbewegungen haben die Initiative ergriffen, SEED —Solidarität für Gleichheit, Ökologie und Entwicklung— zu gründen. SEED ist ein internationaler Versuch zu verbesserter Kooperation zwischen verschiedenen Bewegungen und Organisationen. Die InitiatorInnen finden es wichtig, Umwelt- und Solidaritätsaspekte zu verbinden. Parallel zur Ministerkonferenz "Aktionen für eine gemeinsame Zukunft" in Bergen, Norwegen, soll das "SEED-Volksforum" vom 12.-16. Mai stattfinden.

(SEED, übersetzt TATblatt-Wien)

Die Ministerkonferenz in Bergen wird auf die Empfehlungen des WCED-Reports (WCED=Weltkommission über Umwelt und Entwicklung) mit dem Hauptthema "tragbares Wachstum" beschränkt bleiben. Das Konzept der Entwicklung, das im Report "Unsere gemeinsame Zukunft" beschrieben ist, wird wahrscheinlich zur Vergrößerung sowohl der Umweltprobleme als auch der Unterschiede zwischen reich und arm führen. Der Report ist dazu angetan, Konflikte zu verdecken, die wir sehen müssen, wenn wir in einen wirklich tragbaren Weg der Entwicklung überwechseln wollen.

Eine der Hauptschwächen der Bergen-Konferenz ist das totale Fehlen globaler Perspektiven. Die Verbindung zwischen Entwicklung in den Industrieländern und der ökologischen und sozialen Krise der "Dritte-Welt"-Länder wird kaum Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Gruppen, die an SEED teilnehmen, glauben, daß die Ministerkonferenz durch breitere und intigriertere Gesichtspunkte konfrontiert und ergänzt werden muß. Das ist das Ziel des SEED Volksforums. Das Volksforum will die Diskussion über spezielle Themen und eine allgemeine Auseinandersetzung über Entwicklung und Umwelt kombinieren.

Die Themen der SEED-Konferenz sind:

1. Die Ursachen der globalen Krise und die Rolle der Industrieländer

Die dominante Rolle der Industrieländer in der ökologischen und sozialen Krise in allen Teilen der Welt. Das heißt, sich zu beschäftigen mit der ökonomischen Ausbeutung, technologischen und kulturellen Dominierung, Militarismus und Überkonsumation der Resourcen.

Ein Aspekt der Dominanz der Industrieländer ist deren Rolle als "Ideal", dem es zu folgen gilt. Dies führt oft zu verheerenden Folgen für die Mehrheit der Menschen und für die Umwelt.

2. Ein neuer Weg der Entwicklung für die Industrieländer,

der gleichzeitig den Druck auf die "Dritte-Welt"-Länder mindern kann. Es ist wichtig, daß Menschen aus den "Entwicklungsländern" an der Konferenz teilnehmen, sodaß wir von ihren Erfahrungen lernen können, wenn wir neue Entwicklungsperspektiven erarbeiten.

Eine wirkliche tragbare Entwicklung für die Industrieländer muß Ziele wie die radikale Reduzierung der Konsumierung der natürlichen Resourcen, gleichberechtigte Handelsbeziehungen, Entwicklung angepaßter Technologien und dezentralisierte und demokratische soziale Strukturen haben.

3. Strategien und Themen für die Volksbewegungen

Wenn heute jedeR behauptet, für die Umwelt zu arbeiten, so müssen die Konflikte, die wirkliche tragbare Entwicklung mit sich bringt, aufgezeigt werden. Es ist wichtig, mit den Forderungen weiter zu gehen und zu überlegen, wie wir die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Mächte, die uns behindern, überwinden können.

Es ist notwendig, in unserem Kampf für eine andere Entwicklung neue Allianzen und bessere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gruppen und Bewegungen zu bilden, begründet auf internationaler Solidarität, Umweltverträglichkeit, sozialer Gleichheit und Volkseinmischung. ●

SEED-Programm:

Die SEED-Konferenz wird vom **13. bis 16. Mai** an der Universität in Bergen, Norwegen, stattfinden.

Sonntag, 13. Mai:
Offenes Treffen und Debatte "Was ist Entwicklung?. SprecherInnen von verschiedenen Kontinenten sollen ihre veschiedenen Sichtweisen und Erfahrungen einbringen.

Montag, 14. Mai:
"Die Ursachen der globalen Krise und die Rolle der Industrieländer" Themen, wie die Schuldenkrise, die Rolle der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), Verbreitung der Lebensstils der Massen-Konsumierung, usw sollen diskutiert werden. "Grüner Kapitalismus", "tragbares Wirtschaftswachstum" und Militarismus sind Themen anderer Arbeitskreise.

Dienstag, 15. Mai:
Ein neuer Weg der Entwicklung für Industrieländer. Arbeitskreise über Transport, "Wegwerf-Gesellschaft", Atomenergie und allgemeine Energiefragen, sowohl in der Nord-Süd-, als auch in der Ost-West-Perspektive

Mittwoch, 16. Mai:
Strategien und Themen der Volxbewegungen.

Die Diskussionen der vorhergehenden Tage sollen genutzt werden, um gemeinsame Strategien entwickeln. Es ist wichtig, die Kooperation und Netzwerke zwischen den verschiedenen Gruppen zu verbessern/entwickeln.

Das detaillierte Programm und noch mehr Information kann bei ***Natur og Ungdom, Torggata 34, 0183 Oslo, Norwegen,*** *angefordert werden.*

»Aktionen für eine gemeinsame Zukunft«

(TATblatt-Wien)

Unter diesem Titel findet im Mai 1990 in Bergen, Norwegen, die UN-Ministerkonferenz zum Thema Umwelt & Entwicklung statt. Dort soll die künftige politische Linie Europas und Nord-Amerikas zu diesem Thema festgelegt werden. Als eine von vier Regionalkonferenzen soll sie zur **Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung** 1992 in Brasilien führen.

4 Themen sollten durch "unabhängige" ExpertInnen vorbereitet und in Bergen abgehandelt werden. Das Ergebnis der ExpertInnen-Treffen sind vage formulierte Auflistungen von mehr oder weniger guten Absichten und möglichen Schritten:

1. "Bewußtseinshebung und öffentliche Beteiligung":

Die konkreteste Empfehlung des Arbeitskreises ist, die *"semantischen Unterschiede in der Übersetzung des Begriffes 'tragbare Entwicklung' in verschiedenen Sprachen zu untersuchen"*. Ansonsten beschäftigte ihn hauptsächlich das Problem, die Öffentlichkeit dazu zu bringen, die Schritte der Regierungen zu akzeptieren

2. "Tragbare industrielle Aktivität":

Obwohl schon in der Erklärung der UN-Umweltkonferenz 1972 die *"Minimierung des Ausstoßes von toxischen Substanzen"* festgeschrieben steht, konnte sich der Arbeitskreis nicht dazu durchringen, ein Verbot bestimmter Stoffe (zB Schwermetalle oder chlororganische Verbindungen) zu empfehlen.

3. "Tragbare Energienutzung":

Die Überkonsumation von Energie durch die Industrieländer wird vom Arbeitskreis nicht brücksichtigt. Die Probleme Glashaus-Effekt und CO_2-Emissionen werden auf nationale Lösungsebenen abgeschoben.

4. "Ökonomie der Tragbarkeit":

Zu diesem Thema gibt's keinen Arbeitskreis-Bericht — die USA bestanden darauf, ihn alleine zu verfassen.

In einer internen Meldung an das Konferenz-Sekretariat in Bergen heißt es: "Betreffend die Bergen-Schlußakte wäre es für die Bush-Administration unmöglich, Vorschlägen zuzustimmen, die neue Steuern oder andere Verpflichtungen zur Rücksichtnahme auf die Umwelt beinhalten oder sich auf konkrete Zeitpläne für Schritte in Richtung Umweltschutz festzulegen. Formulierungen, wie 'in Betracht ziehen' oder 'weitere Forschungen betreiben' können akzeptiert werden." ●

Feminismus statt Veranstaltung

Erinnern Sie sich an die "Initiative Neue Linke". Jene Initiative, die so "links" ist, daß sie Zwangsinternierung und Tätowierung von HIV-Positiven fordert (TATblatt -77). Am 5.4.90 versuchte sie abermals, in einer Veranstaltung ihre per Gerichtsurteil als faschistoid erkannten Inhalte an den Mann zu bringen. Frauen waren dabei sehr störend.....

(TATblatt-Wien)

"Gleichheit statt Feminismus" sollte der Titel der Veranstaltung im NIG der Uni-Wien heißen. Daraus wurde allerdings nichts. Bereits um 3/4 8 verstellten Frauen aus verschiedensten Initiativen gemeinsam den Zutritt zum Hörsaal. Zwei vorsorglich abgestellte Polizisten waren mehr als verzweifelt. Zum einen war es für sie unmöglich, zwischen verhinderten VeranstaltungsteilnehmerInnen, derer es schließlich ganze zehn gab, und TeilnehmerInnen an der Veranstaltungsverhinderung zu unterscheiden. Zum anderen nagte das geringe Interesse, das ihre Dienstmarken und "ich bin Polizist"-Geschrei unter den anwesenden 150 ManifestantInnen hervorrief (fast ausschließlich Frauen), deutlich am beamteten Selbstvertrauen.

Auf Kriegsberichterstattung versuchen wir im folgenden weitgehendst zu verzichten. Es gab an diesem Abend positives wie negatives zu verzeichnen.

Das Positive:

-Die Veranstaltung konnte nicht stattfinden. Die Rechnung der "Neuen Linken", wonach wegen der kurzen Frist zwischen Bekanntgabe und versuchter Abhaltung der Veranstaltung "Störungen" unmöglich wären, ging nicht auf. Gegen die Wut und das Selbstbewußtsein der BlokkiererInnen waren auch 25 Polizisten — zumindest vorerst — machtlos. Mindestens 20 versuchte Festnahmen konnten durch entschlossenes Eingreifen verhindert werden. Der Polizei blieb nichts anderes übrig, als auf puren Terror umzuschalten: Wo Festnahmen unmöglich waren, drosch sie blindwütig in die Menge der Umherstehenden, die meist gleich zwei polizeilichen Feindbildern entsprachen:

- Sie waren StudentInnen (oder wurden zumindest dafür gehalten)
- Sie waren Frauen, die sich nicht an die polizeilichen Vorstellungen von "Frau sein" zu halten bereit waren.

Das Negative:

Wiedereinmal ließen wir uns dazu verleiten, der Polizei, die ohne Genehmigung des Rektorates Universitätsgelände betreten hatte, auf die Straße zu folgen. Dort aber wurden wir dann Opfer unserer Zersplittertheit. Sowohl in- als auch außerhalb der Uni fühlten sich die Beamten nun stark genug, Menschen nicht "nur" zu prügeln, sondern auch festzunehmen. Tatkräftigst dabei unterstützt wurde sie von den Mitgliedern der "Neuen Linken", die per Fingerzeig ihnen bekannte Personen der Körperverletzung, des tätlichen Angriffs oder der gefährlichen Drohung bezichtigten und damit immer wieder polizeiliche Aktionen einleiteten. Und als schließlich unsere Konfusion dem Höhepunkt zustrebte, waren wir nicht mehr in der Lage, die Racheaktionen der von regelrechtem Haß getriebenen Polizisten zu verhindern.

Die Zahl der Festnahmen (3) täuscht

— Ziel der Polizisten war keineswegs immer, Personen abzuführen. Im Falle eines ihnen unbequemen Photographen — er hatte die Mißhandlung eines der Festgenommenen dokumentiert — begnügten sich die Beamten mit der Belichtung des Filmes und unzähligen Schlägen in Magen- und Genitalbereich, ehe sie ihn wieder laufen ließen.

ZUM VERHALTEN DER "NEUEN LINKEN"

Unverständlich ist, wieso den Mitgliedern der "Neuen Linken" soviel Raum gelassen wurde. Ungehindert konnten sie mehrfach BlockadeteilnehmerInnen photographieren, fälschlich beschuldigen und unvermutet mit Fäusten auf Anwesende einschlagen.

ACHTUNG, ACHTUNG, AUFGEPASST

Während der Blockade der "INL"-Veranstaltung wurden **drei Personen festgenommen**. Inzwischen sind alle wieder auf freiem Fuß. Gegen zwei von ihnen wurde jedoch ein **Verfahren wegen versuchten Widerstands gegen die Staatsgewalt** und **schwerer Körperverletzung** sowie **Sachbeschädigung** (einer Frau wird vorgeworfen, dem fetten Zivi auf dem Photo die Hoden eingetreten zu haben) eingeleitet. **Die Rechtshilfe fordert daher ALLE Dabeigewesenen auf, Gedächtnisprotokolle zu schreiben und sich bei ihr zu melden!**

Nicht erst morgen,...SOFORT !!!!!!!
(Gedächtnisprotokolle bitte vorerst ans TATblatt schicken)

LETZTE MELDUNG:

Der Rektor der Uni-Wien wird wegen des rechtswidrigen Einsatzes der Alarmabteilung vom 5.4.1990 Beschwerde einlegen. Diese stützt sich auf die Aussage des Portiers, wonach es vor dem Eingreifen der Polizei zu keinerlei rechtswidrigen Handlungen gekommen sei. Sollte der Rektor mit seiner Beschwerde Erfolg haben, kann sich die Polizei eventuelle Verurteilungen von BlockadeteilnehmerInnen in ihre kurzgeschorenen Haare (samt Schauzbärte) schmieren: Laut §269 Abs.4 StGB ist Widerstand gegen die Staatsgewalt "nicht zu bestrafen, wenn die Behörde oder der Beamte zu der Amtshandlung ihrer Art nach nicht berechtigt ist oder die Amtshandlung gegen strafgesetzliche Vorschriften verstößt."

Aus Gedächtnisprotokollen:

(...) Die Polizisten rissen P nieder, zerrten ihn über die Stufen und hielten ihn unter Gewaltanwendung am Boden. Einer riß ihm Kapuze und Jacke vom Kopf. Die Alarmis bildeten einen Ring. Inzwischen hatten sie P. auf der Straße. Sie prügelten ihn durch die Reihe parkender Autos. (...) Ein Uniformierter hatte P.im Würgergriff und drückte den Kopf auf die Straße. Ich konnte auch sehen, wie ihm ein anderer an den Haaren den Kopf immer wieder zurückriß. Zu diesem Zeitpunkt hatte P. bereits keinen Pullover/keine Jacke mehr. Einer trat ihm in die Nieren. (...) Das Leiberl zerrten sie ihm über den Kopf; klar ist, daß das nur unter massiver Gewaltanwendung möglich ist (wegen der Handschellen).....●

WW.

(...) P. liegt am Boden auf der Fahrbahn. Bullen versuchen, P. an den Haaren hochzureißen. Er schreit vor Schmerz, versucht den Kopf zu schützen, bekommt Handschellen angelegt, liegt schon ohne Jacke und Sweatshirt am Boden. Bullen zerren ihn an den Haaren, reißen ihn hoch, treten ihn in Richtung Auto. Die Autotür ist abgesperrt. Während er auf das Öffnen der Autotür warten muß, wird P. von 3 Bullen attackiert. Peters T-Shirt wird heruntergerissen (...).●

YY.

(...) R. hatte gerade die Festnahme PH's photographiert. Plötzlich ging ein Bulle auf ihn zu und versuchte, die Kamera zuzudecken. (...) R. wehrte sich. Sofort kamen 8-10 Bullen hinzu. Einige deckten R. so ab, daß es schwierig war zu sehen, was mit ihm genau gemacht wurde. Sie versuchten, den Film herauszuholen. Ca. 5-6 Bullen bearbeiteten R.; das dauerte etwa 3 Minuten. (...) Dann hatten sie den Film, R. konnte gehen.●

XX.

(...) Als ich das NIG verlasse, sehe ich R. Er ist von etwa 5-6 Polizisten umringt. Sie versuchen, ihm den Photoapparat wegzunehmen. Das dauert einige Zeit, weil R. versucht, die Kamera mit seinem Körper zu schützen. Seine Unfähigkeit, Schläge abzuwehren (er hält die Kamera mit beiden Händen fest), nutzen Beamte, um R. ins Gesicht und in die Nieren zu schlagen. R. muß die Kamera loslassen. Er wird gegen ein Polizeiauto gedrückt. Zwei Polizisten halten ihn mit je einer Hand fest. Um die drei herum bilden 6-8 Beamte einen Kordon, der das Geschehen verdecken soll. Ich stehe direkt daneben und sehe, wie beide in kurzen Abständen mehrmals mit der Faust ausholen und abwechselnd auf R. einschlagen. Ich kann aber nicht genau erkennen, ob sie ihm in den Magen oder in den Genitalbereich schlagen. (...)●

ZZ.

" Gedankenfürze" einer "trüben Funzel"

(Zitate "Neue Linke")

0

Welche Frau noch immer die Illusion hatte, daß sie die Entfaltung ihrer Individualität in allen Bereichen — ihr Recht auf ihr Leben — "friedlich" durchsetzen könne, mußte sich am Donnerstag abend im NIG angesichts des Ausmaßes an Gewalt, das hier zum Ausbruch kam, hoffentlich mit Folgen der Realität stellen.

Anlaß war eine Veranstaltung der "Neuen Linken", Titel "Gleichheit statt Feminismus".

Wo gibt es nun Ansatzpunkte für die Verbindung von 3O prügelnden und würgenden Bullen, ein paar Hanseln und Greteln, die aus ehemalig "sozialistischen" Gruppierungen kommend, ZuträgerInnendienste für die Bullen machten ("die hot mi treten, bitte verhaften") und dem fetten Zivi, der wie am Fußballfeld einen erlittenen Tritt auf sein Schwänzchen markierte?

Hier möchte ich thesenartig Denkansätze zur Diskussion stellen:

- Das Patriarchat (der bürgerliche Staat) hat die Rolle der Frau als Sexualobjekt festgelegt und schützt diese Beschränkung und Fixierung der Frauen auf Sexualität, wenn es kulturell/sozialisationsmäßig/Schranke-im-Kopf nicht mehr geht im Notfall mit Gewalt. Diese Festlegung der Frau auf Sexualität (die im Patriarchat Porno ist), ist eine Beschränkung der Lebensmöglichkeiten aller Frauen, ist HERRschaft.

-EMANZIPATION bedeutet AUTONOMIE und Möglichkeit zur Kreativität von Frauen in ALLEN LEBENSBEREICHEN, "lustvolle Erfüllung" von Frauen immer und überall, nicht nur (aber auch) im Bereich der Sexualität.

-Das Gegenbild zur perversen Sexualität im Patriarchat ist daher absolut nicht die von der "Neuen Linken" propagierte "freie Sexualität" (die ja sowieso sie definiert, z.B. Zwangstests und Tätowierung: fascho; oder Homosexualität als Abartigkeit: fascho), sondern der Kampf von Frauen in allen ihren Lebensbereichen.

-Es gibt in allen gemischten linken Gruppierungen Strategien zur Aufrechterhaltung der Unterdrückung (der wenigen) Frauen, die in diesen Gruppen arbeiten.(z.B. der Haupt-/Nebenwiderspruchsschmäh oder die verkrampft entkrampften Sexualitätsthesen der 68-er) WÜRDE es den Frauen in linken Organisationen einmal einfallen, ihre Möglichkeiten zur Artikulation, zur Ausübung von Macht,... in eben diesen Guppen kritisch zu betrachten, KÖNNTEN sie auch nicht umhin, die parallelen Schienen ihrer Fixierung auf Sexualität durch ihre "Genossen" und durch den "bürgerlichen Staat" (Überbau samt Unterbau) zu durchschauen. Der sofortigen Ausübung von Gewalt nach/in dem Moment, wenn sie aus diesen Schienen ausbrechen (nur raus hier mit Gewalt) WOLLEN WÜRDEN, müßten sie "ihre Genossen" schon längst als konkrete Fortführung der Herrschaftspolitik des Patriarchats erkannt und bekämpft HABEN HÄTTEN SOLLEN?!

Mit rein schwesterlich platonischen Grüssen.●

Die großen Aufklärer: "Bravo" und Marquis de Sade

(O-Ton Initiative Neue Linke)

"Sie verteufeln die 'männliche'Vernunft und machen diese so zum Privileg des Mannes. 'Bauch statt Kopf'lautet dagegen ihre Parole, und der Bauch soll für alles mögliche gut sein, vor allem zum Kinderwerfen. Sie verketzern die Lust am Geschlechtsverkehr als chauvinistisch (sie schreien 'Penetration', die Kirche sagt 'Sünde') und fordern gleichzeitig 'Lohn für Hausarbeit', ebenso wie sie die 'gewerkschaftliche'(!) Organisation der Huren unterstützen. Schöne Nacktdarstellungen von Frauen — besonders in der Werbung — reizen ihren Haß und wecken ihre zensorischen Gelüste. Sie wollen die Pornographie verbieten, Alice Schwarzer ausgerechnet den Aufklärer Marquis de Sade — und gar das 'Bravo', eine Jugendzeitschrift, vor deren Sittenverderbendem Charakter uns schon unsere Eltern gewarnt haben. Sie beteiligen sich am Kreuzzug gegen die Pille und propagieren die Verhütungsvorschriften des 'Pillen-Pauls'eifriger als die Katholiken."

(Aus: Flugblatt der INL zur Veranstaltung vom 5.4.90)

"Worum geht es diesen säkularisierten Nonnen? Richtig: Um dasselbe wie den 'echten'. (Wobei diese gegenüber den Feministinnen noch richtig sympathisch wirken, weil sie in ihrem Wahn nicht auf Phantasie verzichten). Das Keifen und Geifern der Feministinnen über weibliche Nacktdarstellungen ist bekannt. (...) Ihr eigentliches Ziel ist die Aufwertung der ekelhaften und erniedrigenden Frauenrolle. Deshalb glorifizieren sie in Einigkeit mit den offenen Reaktionären die 'weiblichen' Eigenschaften wie Dummheit ('Bauch statt Kopf'lautet ja ihre Parole), Irrationalität und Mütterlichkeit."

(Aus: INL; Die Moralkampagne der Feministinnen; Februar 1988)

"Natürlich geht es nur vordergründig um Frauen und erst recht nicht um die Kleinen. Wer nicht an einen Sexualpartner gekettet und ihm nicht vertraglich ausgeliefert sein will, der soll einfach nicht heiraten. Diese Möglichkeit hat jeder. Die sexuelle Dienstleistung in Form von Haushaltsgeld ist der Kern des sexuellen Elends der Frau; seine spezifische Erscheinungsform ist die Familie. Daß dagegen keine Feministin etwas einzuwenden hat, liegt auf der Hand: Wer seine Fähigkeiten nur im Gebären und Stillen sieht, ist ohne Familie arm dran. Wer seinen Daseinszweck nur in tierischen Funktionen erfüllt sieht, kann an Menschenrechten kein Interesse haben."

(Aus: INL; Flugblatt ohne Titel; Februar 1988)●

DR. SIEGFRIED HETTEGGER

Ehemaliges Mitglied der Salzburger "SOAL". Diese "SOAL" ist nicht ident mit der "SOAL IV.INT.", sondern war eine Salzburger Abspaltung des VSSTÖ, die sich auf Grund der

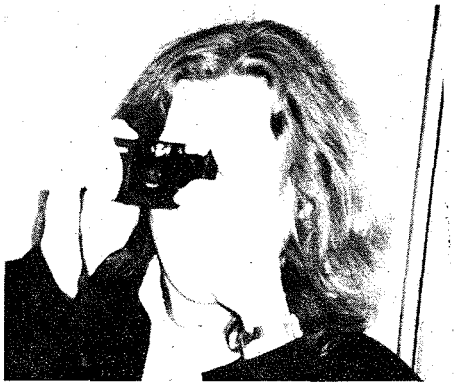
"AIDS-Frage" (zwangsweise Tätowierung und Isolierung HIV-Positiver) in den sog. "Antiklerikalen Arbeitskreis", die "Initiative Neue Linke" und verschiedene andere Gruppen aufspaltete. Unter falschem Namen trat er vor einigen Jahren als Teilnehmer eines "Club 2" zum Thema AIDS in Erscheinung. Nach Auflösung der SOAL gründete er den österreichischen Ableger der INL. Da es aber, wie es scheint, zur Mitgliedschaft in der INL eines AIDS-Unbedenklichkeits-Zeugnisses bedarf, forderte Hettegger Frauen, mit denen er Geschlechtsverkehr gehabt hatte, auf, einen AIDS-Test durchführen zu lassen, andernfalls er sie klagen würde. Klagen dürfte überhaupt eines der Hobbies des Siegfried Hettegger sein: Nach einer auf der LeserInnenbriefseite der Salzburger AZ-Ausgabe "Tagblatt" ausgetragenen Kontroverse über die Standpunkte der INL zerrte er die salzburger Sexualberatungsstelle vor den Kadi, weil sie die von ihm verbreiteten Thesen — ebenso wie Ernest Bornemann — in die Nähe des Nationalsozialismus rückt. Beruflich ist SPÖ-Mitglied Hettegger Leiter der Rechtsabteilung der Salzburger Arbeiterkammer. Bedenklich ist das nicht zuletzt deshalb, weil ihm als Leiter die Entscheidung obliegt, ob die AK PatientInnen bei Beschwerden gegen ÄrztInnen unterstützt oder nicht. Hettegger hat also unbeschränkten Zutritt zu allen medizinischen Aufzeichnungen über Personen, die sich in medizinischen Fragen mit der Bitte um Rechtsschutz an die AK-Salzburg wenden.

ELISABETH KEPLINGER

Ebenfalls ehemaliges Mitglied der Salzburger "SOAL". Sie hätte den Vortrag "Gleichheit statt Feminismus" auf der Uni-Wien halten sollen. Pikanterweise war sie in Salzburg gerade dadurch aufgefallen, daß sie sich anderen Frauen gegenüber (auch innerhalb der SOAL) extrem ablehnend verhielt. Keplinger hatte 1983 rein zufällig das Zentralausschußmandat der "Rebellen vom Liang Schan Po", das in einer öffentlichen Veranstaltung verlost wurde, gewonnen. Von daher rührt auch ihre Bekanntschaft mit

HARALD STEINER

Er ist der H.S., der in der TATblatt -77 Ausgabe mehrfach zitiert wurde. Langjähriger



Weggefährte in der Wiener "Anarcho-Szene". Mitarbeiter bei der Arena-Stadtzeitung, dem "Kleinen Massenblatt" und der Telephonzeitung "Schwarzhörer". 1983 einer der Hauptorganisatoren der "Rebellen vom Liang Schan Po", 1986 versuchte Nationalratskandidatur mit der Liste "UngüLtiG" (Union nicht genügend überlegten Lächelns trotz innerer Genialität). Steiner hält mehrere Seminare über "Anarchismus" auf verschiedenen Wiener Volkshochschulen, veranstaltetet mit anderen "anarchistische Filmtage" und wird schließlich freier Mitarbeiter der AZ. Heute schreibt Steiner des öfteren für den Standard.

Kommentar: *Es war eigentlich nicht unsere Art, solches zu veröffentlichen. Nachdem aber 1) MitgliederInnen der INL mittels falscher Beschuldigungen und Anzeigen Polizeiaktionen gegen Linke ausgelöst und so Festnahmen provoziert und 2) GegnerInnen ihrer faschistoiden Inhalte zu photographieren begonnen haben, halten wir es für notwendig, unsere LeserInnen mit jenem Wissen auszustatten, daß es ihnen ermöglicht, sich vor Angriffen der INL zu schützen.*

TATblatt●

Brücken in die Zukunft — Wien an die Donau

EXPOsionsgefahr

Fortsetzung von Seite 1

(TATblatt-Wien)

Bis zum Aufkommen der Idee, die Weltausstellung 1995 in Wien und Budapest stattfinden zu lassen, konnten die meisten mit dem Begriff Weltausstellung wohl nur wenig anfangen. Gerade »Eiffelturm« oder »Rotunde« kamen einer und einem in den Sinn. Und heute, wo die Skepsis in der Bevölkerung von den Gemeindevätern mühevoll überwunden wurde und sich angeblich fast alle WienerInnen schon irrsinnig auf die EXPO freuen, sind wir auch noch nicht viel klüger.

»Brücken in die Zukunft« ist das alles und nichts versprechende Thema. Dieses wird vielleicht noch durch einen spezifizierenden Untertitel erweitert, der allerdings jetzt noch nicht formulierbar ist, weil das Thema einfach noch nicht feststeht. Obendrein war die Brückenmetapher ja auch so gemeint, daß die Weltausstellung eine Brücke zwischen zwei vollkommen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen bauen sollte. Eine rührende Utopie, die mittlerweile von der Realität überholt wurde. Wodurch nun auch die Weltausstellung als Zwei-Städte-Ereignis ernsthaft gefährdet erscheint. Hätte ein autoritäres Regime in Budapest das sündteure Wahnsinnsprojekt noch gegen alle Widersprüche im Volk einfach *durchziehen* können, so schien die »Demokratisierung« die Durchsetzung von solchen Entscheidungen einigermaßen zu gefährden. Erst der Ausgang der vergangenen Parlamentswahlen kann diese Befürchtungen wieder zerstreuen. Denn die neue rechtsgerichtete Regierung wird vielleicht — nicht unberechtigter Weise — die EXPO als *die* Chance ansehen, multinationale Großkonzerne nach Ungarn zu locken, und so das ganze Land endlich vollends in die langersehnte westlich-kapitalistische Ordnung einzuverleiben. Womit die Motivation, das Ereignis gegen jeden Widerstand in der Bevölkerung durchzuziehen, die gleiche geworden ist, wie in Österreich.

Was aber kann *Wien* so verlocken, das sündteure Abenteuer *Weltausstellung* einzugehen? Lassen wir an dieser Stelle Spekulationen über selbstherrliche Denkmalsetzungen größenwahnsinniger Politiker aus dem Spiel, ohne sie freilich verleugnen zu wollen.

WIRTSCHAFTLICHE ERWARTUNGEN

Betrachten wir die Erwartungen, die offiziell in das Projekt gesetzt werden. So beantwortet etwa J.F.Edmaier in einem Buch zur Enquete zur Weltausstellung '95 aus dem Jahr 1989 (1) die Frage »Was erwartet die Wiener Fremdenverkehrswirtschaft von der Weltausstellung 1995, vor, während und nach der EXPO?« überwiegend kritisch positiv. So erwartet er sich beispielsweise Publik-Relations- und Werbeeffekte, sowohl vor der EXPO durch die Bewerbungs- und Planungsaktivitäten, als auch während und danach. Weiters Verbesserung der touristischen Infrastruktur, wobei alles, was an zusätzlichen Einrichtungen geschaffen werden soll, die Nutzung nach der EXPO im Konzept haben soll. Es sollen aber keine zusätzlichen Hotels gebaut werden, da bereits jetzt 30% bis 50% Bettenüberkapazität vorhanden ist. Der selbe Autor führt aber im selben Artikel den Bau neuer Hotels als *Gefahr* an.

Doch Brücken in die Zukunft, und Brücken in den Osten, das sind vor allem auch beinharte Wirtschaftsbrücken. Und hier sieht Dalia Marin im gleichen Buch viel höherstrebende Perspektiven, nämlich:

»Innovation durch Ost-West-Countertrade

Seit Mitte der 70er Jahre sind neue Formen der Internationalisierung (Countertrade) wie Kompensationsgeschäfte, industrielle Kooperationen und jüngstens auch Joint-Ventures rapide angestiegen. Schätzungen internationaler Organisationen über das Ausmaß von Countertrade bewegen sich zwischen 5% und 40% des Welthandels. (...) Die Weltausstellung bewirkt, daß westliche Exporteure zunehmend das Countertrade-Zentrum Wien statt London und Zürich für die Abwicklung ihrer Gegengeschäfte wählen, wodurch zusätzliche österreichische Dienstleistungsexporte generiert werden. Die dadurch erzeugte Umsatzsteigerung ermöglicht den ansässigen Handelshäusern, Produktivitätsgewinne zu erzielen, da dieses Dienstleistungsgeschäft stark steigende Skalenerträge aufweist. Die Weltausstellung bewirkt, daß neue internationale Handelshäuser sich in Wien und Österreich ansiedeln werden, wodurch durch die intensivere Konkurrenz unter den Handelshäusern die Preise für diese Handlungsdienstleistungen sinken, was den österreichischen Exporteuren mit Internationalisierungsbestrebungen sowohl in Wien als auch in den Bundesländern zugute kommt.«(2)

Die Arbeitsgruppe III zu Ökonomischen Rahmenbedingungen formulierte bei der Weltausstellungs-Enquete im April 1989 in Wien gar die Wunschvorstellung, Wien zu einem wirtschaftlichen Zentrum, *»etwa wie das immer wieder als Beispiel genannte Hongkong«*(3) zu machen.

DIE FINANZIERUNG

Die Weltausstellung wird sicherlich nicht gerade billig. Als Investitionsvolumen in direktem Zusammenhang mit der Weltausstellung wird etwa von Gerhard Rüsch, ebenfalls bei obgenannter Enquete, 25 Milliarden Schilling als Untergrenze allein im Raum Wien genannt. Diese Summe, die in etwa auch anderen Schätzungen aus dem vergangenen Jahr entspricht, umfaßt die Ausstellungseinrichtungen, die Verkehrsinfrastruktur (inklusive der für die Weltausstellung »vorgezogenen« Projekte), und den Bau von rund 3000 Wohnungen für Beschäftigte beim Bau der Ausstellungseinrichtungen. Nicht enthalten sind etwa »private« Investitionen in Branchen, die von der EXPO profitieren wollen, wie im Hotelgewerbe.

Die genannten 25 Milliarden Schilling sind quasi allesamt Bauinvestitionen.

»25 Mrd. S Bauinvestitionen dürften daher eher die Untergrenze der bis 1995 zu erwartenden Auftragsvolumens markieren. Aufgeteilt auf 5 Jahre bedeutet diese Summe eine zusätzliche Nachfrage für die Bauwirtschaft durch die Weltausstellung von durchschnittlich 5 Mrd.S pro Jahr. 1987 betrug die Bauproduktion in Wien 23 Mrd.S, sie ist in den vier Jahren vorher um über 8% pro Jahr gewachsen. Hätte 1987 eine zusätzliche Nachfrage von 5 Mrd.S befriedigt werden müssen, wäre dazu eine Steigerung dieser Bauproduktion um 22% erforderlich gewesen. Vor diesem Hintergrund ist die Gefahr einer Überhitzung der Baukonjunktur in Wien bis 1995 nicht auszuschließen. Überbeanspruchung der Produktionsfaktoren, ein steigender Importanteil an der Bauproduktion sowie ein Preisauftrieb wären die unvermeidbaren Folgen. Die Überhitzung der Baukonjunktur könnte nach 1995 von einem 'Auftragsloch' abgelöst werden, verstärkt durch das Auslaufen zahlreicher, derzeit in Bau befindlicher öffentlicher Großprojekte, wie zB das Allgemeine Krankenhaus, Sozialmedizinisches Zentrum Ost (Spital), der Donauhochwasserschutz (Donauinsel), die U3, U6 (...Verlängerung bis Siebenhirten) u.a.«(4)

Und da BauarbeiterInnen selbst in den zukunftsträumerischtesten Konzeptionen nicht grenzenlos vermehrt und wieder aus der Welt (oder zumindestens außer Landes) geschafft werden können, schlägt Rüsch vor, die Investitionspläne zeitlich umzuschichten, und alle öffentlichen Investitionen, die nicht für die Weltausstellung unbedingt erforderlich sind, auf die Zeit nach 1995 zu verschieben. Als Beispiele fallen ihm jetzt aber nicht mehr Spitäler oder U-Bahnen ein, sondern eine Gartenbauausstellung im Donaupark, deren Verschiebung zweifellos weniger aneckungsgefährdet ist, das anstehende Problem aber kaum alleine lösen kann.

Nun: 25 Milliarden als Untergrenze sind kein Pappenstil, selbst dann nicht, wenn es unrealistischer Weise letztendlich

nicht ein vielfaches davon wird. Also ist es wieder Zeit zum Träumen: Das Geld soll durch private Investitionen aufgebracht werden. Dies ist in dieser Form aber zum Einen einmal unrealistisch. Also sind für diese Rechnung all jene Investitionen herauszunehmen, die Wien auch ohne Weltausstellung angefallen wären (oder auch nicht): Etwa die Schleifung und Neubebauung ganzer Stadtteile, die U6-Verlängerung usw.

»Der internationale Finanzmarkt ist zweifellos in der Lage und sicherlich auch willens, die Errichtungskosten innerhalb des Weltausstellungsgeländes zu übernehmen. Für private Betreiber und Finanziers ist aber sicherlich von entscheidender Bedeutung, die politischen und ökonomischen Bedingungen verbindlich gestalten zu können, um die erforderliche Rendite erzielen zu können. Das wird dann nicht der Fall sein, wenn die Weltausstellung als 'Wegwerfveranstaltung' konzipiert wird.«, meint die Arbeitsgruppe »Ökonomische Rahmenbedingungen«(5), und vertritt auch ungeschminkt die Ansicht: *»Den politisch Verantwortlichen wird klar sein müssen, daß nicht ein schönes Fest zur Verfügung gestellt werden kann, das die öffentliche Hand nichts kostet.«*

Das Zauberwort, wie Investoren zum Investieren gebracht werden können, heißt »Nachnutzung«.

Gerhard Rüsch: *»Die Nachnutzung entscheidet auch über den finanziellen Erfolg der Weltausstellung. Die langlebigen Ausstellungseinrichtungen kosten zuviel, als daß sie allein durch den ein halbes Jahr dauernden Betrieb der Weltausstellung finanziert werden könnten. Soll wie beabsichtigt für die Finanzierung der Weltausstellung privates Kapital aufgetrieben werden, scheint dies — wenn überhaupt — nur realistisch, wenn Investoren Möglichkeiten zu einer rentablen Nachnutzung eröffnet werden.«(6)*

Die Arbeitsgruppe zu den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen kommt zu dem Schluß: *»Konkret wäre vorstellbar, daß 50% der Bauten adaptierungsfähig für eine weitere Nutzung sind. 50% sind sicher repräsentative Bauten, die nach der Weltausstellung wieder abgerissen werden. Wenn eine Folgenutzung für Kulturinstitute, osteuropäische Wirtschaftshandelsgesellschaften oder eine Konzentration der Hochtechnologieforschung erreicht wird, ist es möglich, private Investoren zu finden.«(7)* Als *weitere Ansatzpunkte der Überlegungen zur Nachnutzung* findet die Arbeitsgruppe neben der Idee, vielleicht eine neue Oper auf dem Weltausstellungsgelände zu bauen, die *»Fortsetzung des Hauptgeschäftes der Weltausstellung, des Tourismus. Auf dem Gelände könnte ein internationaler Touristikpark errichtet werden. Das wäre eine Möglichkeit, den falsch eingeschlagenen Weg 'weg vom Massentourismus' wieder zu verlassen.«(8)*

Natürlich ist das Problem der Finanzierung aber kein rein österreichisches. Schließlich gibt es ja auch (noch?) Ungarn. Die nun schon mehrfach erwähnte Arbeitsgruppe für politische und ökonomische Rahmenbedingungen hatte aber auch dazu eine, wenn auch nicht mehr ganz neue, Idee:

»Mit einiger Sicherheit wird ein Teil der Kosten in Ungarn über Österreich finanziert, indem österreichische Unternehmen in Ungarn Bauaufträge erhalten, die von der Kontrollbank garantiert werden. Eine Variante dieser Überlegungen stellt die Idee dar, statt Nagymaros die Weltausstellung von Österreich aus zu finanzieren. Hier sollte allerdings der Widerstand in der Bevölkerung nicht unterschätzt werden.«(9)

WIEN AN DIE DONAU

Von allen städtebaulichen Problemen, wenn nicht von allen Problemen überhaupt, quält die brave Wienerin und den braven Wiener eines am Meisten: Wien liegt — Hand aufs Herz — nicht *richtig* an der Donau. Während die allprächtige Ringstraße mit Müh und Not an den Donau*kanal* heranreicht, findet sich an der Donau bloß der — zugegebenermaßen furchtbare — Handelskai, und, auf der anderen Seite, die nicht minder abstoßende Donauuferautobahn. Beides, vor allem letzteres, kann zwar nicht gerade als ererbte Unbill einer ungnädigen Fügung der Geschichte gesehen werden, unterstreicht aber beinhart die Tatsache, daß die Wiener Silhouette beiderseits der schönen blauen Donau von Lagerhallen, Autobahnauf- und abfahrten, Wohnhäusern (igitt!) und — na wenigstens was — der UNO-City geprägt ist. Ganz im Gegensatz zu Budapest, beispielsweise.

Nachdem Adolf Hitler, der als erster repräsentative Monumentalbauten an der Donau projektiert und auch den Begriff »Wien an die Donau« geprägt hatte, scheiterte, liegt es nun an Helmut Zilk diese Vorsehung in die bittere Realität umzusetzen. *»Die Herausforderung heißt Tradition, die Antwort aber muß Moderne heißen«*(10), zitieren wir hier nur mal rasch den amtierenden Bürgermeister von Wien, Helmut Zilk, weil sich das so gehört, ehe wir Vizebürgermeister Hans Mayr, seines Zeichens auch amtsführender Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik, zu Wort kommen lassen: *»...ich bin davon überzeugt, daß auch ohne der faszinierenden Idee einer Weltausstellung das Gebiet um die Lassallestraße, den Nordbahnhof, den Handelskai und über der Donau das Gebiet um die Wagramer Straße im Brennpunkt städtebaulicher, ökonomischer und kultureller Überlegungen gestanden wäre.«*(11) Damit wäre der Wahnsinn auch für den befürchteten Fall der Fälle abgesichert, daß Budapest aussteigt, und der Stadt Wien dann vielleicht nicht die Berechtigung zur alleinigen Durchführung der Weltausstellung zugestanden werden würde. Bürgermeister Zilk hat bei der Beschlußfassung des Leitkonzeptes für die EXPO am 30. März im Wiener Rathaus, von der Möglichkeit einer *Mitteleuropa-Ausstellung* (oder so ähnlich) gesprochen.

Aus einer »Erklärung der 'Expertengruppe' zum EXPO-Leitprogramm der Gemeinde Wien«:

»Es ist eine Tatsache, daß die EXPO 95 einen quantitativen und qualitativen Sprung der Wiener Stadtentwicklung und damit auch der Stadtplanung auslöst. Unterstützt wird dies durch den konkreten Standort der EXPO selbst, der ein integriertes gesamtstädtisches Entwicklungspotential aufweist. Man kann davon ausgehen, daß dadurch einige Projekte beschleunigt werden, die sich schon länger in Planung befinden (z.B. 'Handelskai'), und neue 'Hoffnungsgebiete' höherer Verwertung entdeckt werden (2. Bezirk, Nordbahnhofgelände). Die EXPO wird auch Auslöser von umfangreichen infrastrukturellen Maßnahmen (Aufwertung des konkreten Gebietes, Ver- und Entsorgung, Massenverkehr). Gleichzeitig wird die EXPO selbst ein neuer architektonischer Brennpunkt sein, mit Auswirkungen, die weit über das direkte Umfeld — beispielsweise der Entwicklungsachse Kagran — hinaus gesamtstädtische Veränderungen bewirken werden. Nicht nur der konkrete Ort des EXPO-Geländes selbst, auch die Gesamtstadt Wien wird nach der EXPO eine neue, heute noch nicht abschätzbare Gewichtung ihrer Stadtteile haben.«(12)

Wie wahr: Die Folgen sind nicht abzuschätzen. Die Richtung hingegen ist klar: Die Bevölkerungsstruktur in den betroffenen Gegenden wird sich grundlegend ändern. Hauptsächlich Betroffen von den gigantomanischen Plänen werden Zwischenbrücken im 20. Bezirk, die Siedlungen in Kaisermühlen und Kagran im 22. Bezirk und eigentlich der ganze 2. Bezirk sein. Durch sogenannte Aufwertungen der Gegenden verteuern sich diese rapide, die heutigen BewohnerInnen können sich die neuen Mieten nicht mehr leisten und werden an Stadtrandsiedlungen oder in die Obdachlosigkeit abgedrängt. Alldies ist weder böswillige Unterstellung, noch unhaltbare Spekulation, und auch kein versehentlicher Nebeneffekt, sondern menschenverachtendes Kalkül. Stichwort: Ausweitung der Innenstadt. Selbige ist schon einmal wegen des bevorstehenden Wachstumsaufschwung infolge der *allgemeinen wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklung* notwendig. *»Man muß diesen Wachstumsschwung ausnutzen. (...) Das alles deutet darauf hin, daß man Cityerweiterungsflächen braucht(...). Unter den geltenden Bedingungen kann die City nur in die anliegenden Bezirke hineinwachsen. Damit zerstört sie die gründerzeitliche Bausubstanz. Man kann darüber diskutieren, wie man das als Architekt einschätzt, man kann aber nicht darüber diskutieren, daß sie eindeutig Wohnungen zerstören wird, Wohnungen, die man ganz dringend braucht. Das Nordbahnhofgelände bis zum Handelskai würde sich als Ersatz absolut anbieten.«* (Renate Banik-Schweitzer; Stadthistorikerin und Mitgestalterin der Ausstellung *Donau[t]raum* — noch bis 24. April täglich außer Montags von 10 bis 18 Uhr im Wiener Rathaus zu bewundern — in einem sogenannten »Streitgespräch« der *Monatszeitung*(13)) Also hat sich die In-

nenstadt in die Inselbezirke 2 und 20 hinein zu erweitern. Architekt Dietmar Steiner, Koordinator des Wiener EXPO-Beirates dazu ebenfalls im Monatszeitungs-»Streitgespräch«: *»Ich habe mich vor Jahren schon, da war von einer EXPO überhaupt keine Rede, gewundert, wenn ich mir die Stadtstruktur Wiens anschaute, daß der 2. und 20. Bezirk in einer hervorragenden städtischen Situation derart ökonomisch und auch wohnungspolitisch unterentwickelte Gebiete sind. In jeder anderen Stadt wäre da ein enormer Verdrängungsdruck unterwegs(...) Dieser Druck findet jetzt statt. Jetzt besteht die — zumindest offizielle — Politik, im Hintergrund spielt sich aber etwas anderes ab, eine Unterschutzstellung nicht nur der Häuser, sondern auch deren Bewohner. Ich sage jetzt klar und deutlich: das ist ein unstädtisches Verhalten. Seitdem es Stadt gibt, hat sie auch von solchen Verdrängungsprozessen gelebt.«*(14). Auf die Feststellung der Diskussionsleiterin *»Damit wäre der Anspruch auf das Recht auf Wohnen nicht mehr formulierbar.«* bringt Renate Banik-Schweitzer die faschistoiden Ausschweifungen auf die Spitze: *»Ein Recht auf Wohnen gibt es nirgends, auch in unserer Gesetzgebung nicht. (...) In unserem Gesellschaftssystem muß man darauf schauen, daß zuallererst die Wirtschaft in Spitzenpositionen ist.«(14)*

Daß solches Herumverschieben ganzer Bevölkerungsschichten die PlanerInnen und ArchitektInnen offenbar nicht weiter beunruhigt, liegt wohl daran, daß sich rein mathematisch ohnehin alles rechnet. Dazu ein Beispiel aus der Innenstadt, entnommen dem Buch zur EXPO-Enquete; Gerhard Rüsch: *»Die Abwanderungsbewegungen an den Stadtrand und in das Umland von Wien haben die Innenstadt nicht entleert. Anstelle der abgewanderten Einwohner und Betriebe sind Yuppies, Nebenwohnsitzbewohner und Touristen gekommen. Zur Unterstützung dieses Funktionswandels ist die Weltausstellung das richtige Projekt zum richtigen Zeitpunkt.«(15)*

ZUM LEITPROGRAMM

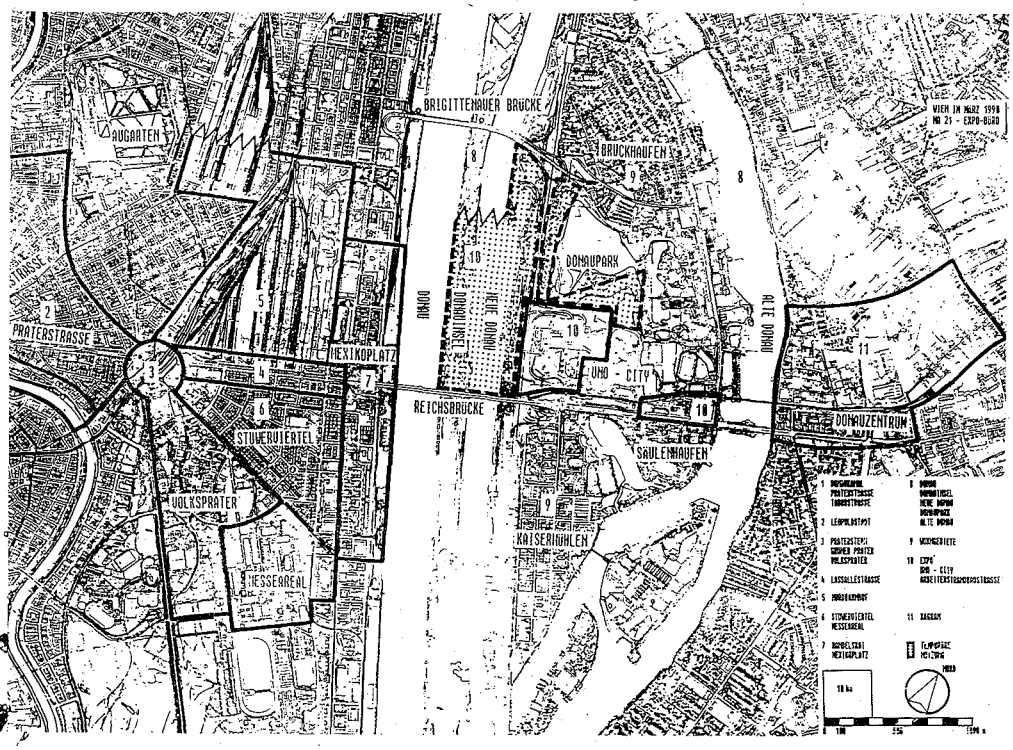
Was nun alles erneuert werden soll, wird im *Leitprogramm der Gemeinde Wien*, das am 30. März vom Wiener Gemeinderat beschlossen wurde, genauer beschrieben und im darin enthaltenen *Städtebaulichen Leitbild für den Entwicklungsraum unter besonderer Berücksichtigung des EXPO-Standortes* in elf Bereiche eingeteilt (16):

Bereich 1:
Donaukanal — Praterstraße — Taborstraße

In diesem Bereich sollen die City-Erweiterungstendenzen verhindert und die gewachsene städtische Bebauungsstruktur erhalten werden. Es sind lediglich kosmetische Maßnahmen (*»Ergänzung der Ausstattung für die Naherholung...«*) vorgesehen, die aber zur Werterhöhung von Mietobjekten, und damit zur Mietenexplosion sicherlich ausreichen.

Bereich 2:
Teile der Leopoldstadt an der Tabor- und Praterstraße:

»Den gewachsenen Strukturen des Karmeliterviertels bis hin zum Czerninviertel, mit stadthistorischen und zeitgeschichtlichen bedeutsamen Bereichen, in denen manchmal auch heute noch der kosmopolitische Charakter der ehemaligen Reichshaupt- und Residenzstadt spürbar wird, kommt zwischen der City und City-Erweiterungsgebieten am Nordbahnhof in Zukunft die Rolle eines wertvollen innerstädtischen Wohnstandortes zu. Dem City-Erweiterungsdruck am Leopoldstädter Ufer des Donaukanals soll daher Einhalt geboten werden und schwerpunktmäßige Maßnahmen gesetzt werden, die dieser Rolle entsprechen bzw spürbare Veränderungen in diese Richtung bewirken. Insbesondere sind daher anzustreben: Erhaltung der gemischten Strukturen bei gleichzeitiger und steter Entfernung aller Nutzungsarten, die mit der Wohnnutzung nicht oder (scheinbar) gerade noch verträglich sind, die Toleranzgrenzen haben sich an der Wohnnutzung zu orientieren;...«



Bereich 3:
Praterstern — Grüner Prater — Volksprater

Die Diskussionsgrundlage zum Leitprogramm sprach hier von einer *»geringen Wahrscheinlichkeit, die vielfältigen Nutzungs- und Beziehungsverflechtungen nicht nur in organisatorischer, sondern auch in gestalterisch befriedigender Weise lösen zu können.«*(17)

Sicherlich erhalten bleiben soll der Grüne Prater. Anders hingegen der Volksprater, dieser soll »— *wie andere Einrichtungen in der Stadt auch — rechtzeitig so umgestaltet werden, daß er als Wien-typische Einrichtung, d.h. bei unverändertem Charakter, als Ort der Vergnügung während der EXPO zur Verfügung steht.«*

Bereich 4:
Lassallestraße

Hier soll mehr oder weniger eine neue Prachtstraße entstehen, wobei *»in erster Linie auf die Gestaltung der diesen Raum begrenzenden Schauseiten, auf die Freihaltung wichtiger stadträumlicher Sichtbeziehungen (Stephansturm — UNO-City) sowie auf eine gestalterisch und/oder dramatisch adäquate Inszenierung für Fußgänger und Autofahrer zu sorgen«* ist.

Bereich 5:
Nordbahnhof

»Am Nordbahnhofareal (...) soll die City-Erweiterung und -Ergänzung ihren künftigen Ort haben.« Es soll sich eine *»gemischte, dichte städtische Struktur entwikkeln, die — schon einmal als 'Stadt der Zukunft' apostrophiert — hinsichtlich ihrer Gestaltung, Ausstattung und Ausprägung richtungsweisend sein soll.«* Die *Gesamtvorstellung* wird noch in einem Wettbewerb entschieden. Einige Merkmale: *»forcierte Nutzungsmischung, insbesondere auch innerhalb von Gebäuden und vor allem auch vertikal; (...) Erhaltung von identitätsbildenden Hinweisen (Objekte oder strukturell) auf den historischen Ort(...)*

Gleich beim Praterstern ist auf dem ehemaligen Nordbahnhofsgelände bereits ein erster Gebäudekomplex im Entstehen, wobei für zwei Blöcke bereits feststeht, wer einziehen wird: IBM und Zentralsparkasse.

Der ebenfalls von der Gemeinde bereits eingeplante, und in den Konzepten für das Leitprogramm noch enthalten gewesene Nordwestbahnhof wird in absehbarer Zeit von den Österreichischen Bundesbahnen nicht verkauft werden. Laut dem vom Gemeinderat beschlossenen Leitprogramm muß *»langfristig (...) jedoch auch hier mit Absiedlungen gerechnet werden.«*

Bereich 6:
Stuwerviertel — Messeareal

»Dieser besonders intensiv genutzte Bereich illustriert ein weiteres wichtiges Wien-Image. So wie etliche andere Stadtteile wird auch dieses Viertel über weite Strecken durch dichte gründerzeitliche, 'unauffällige' Strukturen geprägt, die bei Beseitigung der damit verbundenen, vornehmlich im Umfeldbereich und in Dichtefragen zu suchenden Problemen eine hervorragende Substanz besitzen. Hieraus leitet sich eine besonders wichtige, weil stadtweit bedeutende Zielsetzung ab, nämlich die der beispielhaften Blocksanierung.« Und im heutigen Messeareal könnten *»jene Wohnhausanlagen in zeitgemäßer Form und Ausstattung entstehen, die zur Zeit nur im Grünland am Stadtrand realisierbar erscheinen.«*

Bereich 7:
Handelskai — Mexikoplatz

Hier sind noch mehrere verschiedene Projekte in Diskussion, die allesamt die verschiedensten gemischten Bauprojekte beinhalten, zum Teil die Überdeckung des Handelskais und/oder seine Rückbauung, oder/und die Überdeckung der Donauuferbahn, über welche die S45 (heute: Wien Hütteldorf — Heiligenstadt) verlängert werden soll. Etwa beim Mexikoplatz soll ein eigener EXPO-Bahnhof errichtet werden.

Bereich 8:
Donau — Donauinsel — Neue Donau — Donaupark — Alte Donau

Donauinsel und Donaupark sollen weiter als Erholungsgebiete genutzt werden können. Teile davon werden aber für die Weltausstellung temporär genutzt, also bebaut und nachher wird es wieder abgerissen. Einige der Erholungs- und Freizeiteinrichtungen sollen vorübergehend abgesiedelt werden.

Bereich 9:
Wohngebiete und kleingärtnerisch genutzte Flächen zwischen Alter und Neuer Donau

Hier soll alles unverändert bleiben. *»Ohne zu verheimlichen, daß die Nähe zu den Ausbaustandorten von sich aus zu Veränderungen führen (...) kann, ist festzuhalten, daß die Entwicklung und Ausgestaltung dieser Wohngebiete (...) fortzuführen ist.*

Bereich 10
EXPO-Standort — UNO-City — Arbeiterstrandbadstraße

Die Donauuferautobahn soll im EXPO-Bereich überdeckt werden (vom Knoten Reichsbrücke donauaufwärts bis in den Bereich des Anschlußes der UNO-City an die Donauuferautobahn). Weitere *»bauliche Entwicklung«* ist *»an der U1-Trasse bis zur Arbeiterstrandbadstraße anzunehmen«*. Konkrete Entscheidungen über die Bebauungen am eigentlichen EXPO-Gelände rund um die UNO-City sind noch nicht getroffen worden.

Bereich 11:
Kagran

»Die künftige städtebauliche Entwicklung soll daher vornehmlich auf den zentrumsnahen, baulich besonders gering, zumeist landwirtschaftlich oder berufsgärtnerisch genutzten Flächen nordöstlich der U1-Trasse stattfinden, die von der Alten Donau bis an die Donaufelderstraße heranreichen. In gemischter Struktur, jedoch mit Wohnschwerpunkt in hochwertiger, zentrumsnaher Lage soll hier ein neuer Stadtteil entstehen«, u.a. mit *»besonderer Berücksichtigung einer Wohnungsangebotsvielfalt, von Studentenwohnungen und sonstiger, besonders bei jüngeren Bevölkerungsschichten gebräuchlichen/beliebten Wohnformen« (...) »Absiedlung der städtischen Gärtnereischule und Gestaltung der freiwerdenden Fläche als zentrumsnaher, öffentlicher Park; Zwischen diesem Park und der Wagramer Straße ist eine publikumswirksame, attraktive Nutzung zu lokalisieren, die Möglichkeit einer höheren baulichen Entwicklung an diesem Standort ist zu* prüfen.«

Mit diesen Vorhaben untrennbar verbunden ist auch der vorgezogene und übereilte Weiterbau der U6, unter dem 20. Bezirk durch und ab einer Station Handelskai direkt neben der Nordbahn (S1, S2, S3) nach Floridsdorf. Bis zur EXPO soll die Linie zumindestens bis zur Station Strandbäder fertig werden, die in unmittelbarer Nähe des Weltausstellungsgeländes liegt. In der Eile wurde die U-Bahn-Verlängerung im 20. Bezirk erbarmungslos an Wohnungsfenster vorbeigeplant, doch zum Nachdenken bleibt nunmal keine Zeit mehr.

Fast beiläufig soll auch, im Fahrwasser einer erhofften und heraufbeschworenen EXPO-Euphorie in der Bevölkerung — von der aber noch nicht viel auszumachen ist — das Donaukraftwerk Freudenau entstehen. Da die Donau quasi das Wahrzeichen der Weltausstellung sein soll (wo doch sowohl Budapest und — spätestens ab diesem Zeitpunkt — auch Wien daran liegen), muß die Staustufe bis zur EXPO entweder fertiggestellt oder aufgeschoben werden.

SCHLUSSBEMERKUNG

Es fällt der Gemeinde Wien sicherlich nicht leicht, *die* Weltausstellungs-Euphorie zu erzeugen, die sie sich erhofft, und die sie auch unterstellt. Können doch, wie erwähnt, nur wenige mit dem Begriff *Weltausstellung* etwas anfangen. Die meisten WienerInnen dürften dem Projekt wenn schon nicht ablehnend, so doch vorderhand gleichgültig gegenüberstehen — glaub'ich zumindestens. Die mutmaßlich weitverbreitete Frage *»und zu was brauch i des?«* zu beantworten, dürfte den Verantwortlichen nicht leicht fallen. Solange selbst die VeranstalterInnen nicht wissen, worüber die Weltausstellung eigentlich handeln soll, kann der leere Begriff auch nur schwerlich mit Inhalten gefüllt werden.

Allfällige SkeptikerInnen, dessen Existenz auch offiziell zugestanden wird, sollen durch verlockende Zuckerln gefangen werden. Dies sind beispielsweise die U6, oder Verbesserungen der Lebensqualität in einigen Grätzeln. Nicht dazugesagt wird freilich, daß in den Genuß all dieser Verbesserungen mitunter ganz andere Personen kommen werden, als die, deren Zweifel jetzt zerstreut werden sollen. Denn ein großer Teil der heutigen MieterInnen wird die, dann ziemlich emporgestiegenen, Mietzinse nicht mehr bezahlen können. Im 2. Bezirk sind die Verteuerungen schon heute massiv spürbar.

Noch ein letztes Zitat der Arbeitsgruppe »Politische und ökonomische Rahmenbedingungen«: *»Wenn die Mehrzahl der Österreicher nach der Weltausstellung sagt: ja, es war sehr schön, es hat sich ausgezahlt, dann hat die Veranstaltung ihren Sinn bei diesen Österreichern erfüllt. Es geht aber um jene Gruppen der Bevölkerung, die der Weltausstellung skeptisch gegenüberstehen, die einen abgetakelten Jahrmarkt befürchten: diesen Gruppen muß eine Vision angeboten werden, denen muß man einen Traum hinlegen, der dann finanziert werden kann. Ohne diesen Traum kann die Weltausstellung weder ein ökonomischer noch ein emotionaler Erfolg werden. Ein solcher Traum wäre die Erarbeitung langfristiger Lösungsansätze wie zum Beispiel der Ökologisierung der Wirtschaft(...)«(18)*

Lassen wir uns durch solchen Blödsinn nicht ködern. Wenn wir jetzt anfangen, können wir den Wahnsinn vielleicht noch aufhalten — vor allem dann, wenn die Regierung in Budapest doch noch zum Ausstieg gezwungen wird.

Dieser Artikel hat sicherlich manch wichtige Aspekte ausser Acht gelassen. Er war aber auch nur als Einstieg in ein Thema gedacht, das in den nächsten fünf Jahren sicherlich noch öfter im TATblatt auftauchen wird. Es sei denn, es gelingt uns schon vorher, dem Projekt ein Ende zu bereiten, oder so, und überhaupt. ●

Fußnoten:

(1) John F. Edmaier: Was erwartet die Wiener Fremdenverkehrswirtschaft von der Weltausstellung 1995, vor, während und nach der Expo?
in »Enquete zur Weltausstellung '95; Materialien zur Weltausstellung '95 Band 1«; Wien 1989.
(2) Dalia Marin: Innovation durch Ost-West-Countertrade
in »Enquete zur Weltausstellung '95....«; a.a.O.
(3) Arbeitsgruppe III: Ökonomische Rahmenbedingungen
in »Enquete...«; a.a.O.
(4) Gerhard Rüsch: Stadtwirtschaftliche Aspekte im Hinblick auf die Weltausstellung
in »Enquete...«, a.a.O.
(5) siehe Fußnote 3
(6) siehe Fußnote 4
(7) siehe Fußnote 3
(8) siehe Fußnote 3
(9) siehe Fußnote 3
(10) Vorwort von Helmut Zilk zu »Donau[t]raum — Ideen-Analysen-Projekte; Materialien zur Expo '95 Band 2«; Wien 1990.
(11) Vorwort von Hans Mayr zu »Donau[t]raum...«; a.a.O.
(12) »Erklärung der "Expertengruppe" zum Expo-Leitprogramm der Gemeinde Wien«; in »Donau[t]raum...«; a.a.O.
(13) »Expo '95: Quo Vadis, Wien?«; erschienen in »Monatszeitung« Nr 51 vom April 1990. Das »Streitgespräch«, begleitet von Monatszeitung-Redaktörin Ulrike Sladik zeichnete sich dadurch aus, daß keinE einzigeR Expo-GegnerIn anwesend war. Dementsprechend menschenverachtend zeitgeistig dürfte die Diskussion auch verlaufen sein. Zynisch auch das Schlußwort der Diskussionsleiterin Sladik: »Ich danke für das — erbauliche — Gespräch.«
(14) ebd
(15) siehe Fußnote 4
(16) die folgenden Zitate sind entnommen aus dem »Städtebaulichen Leitbild für den Entwicklungsraum unter besonderer Berücksichtigung des EXPO-Standortes« im »Leitprogramm für den donaunahen Entwicklungsraum«; rathauskorrespondenz spezial Nr 10 vom April 1990.
(17) : »Zum Leitprogramm — Städtebauliches Leitbild für den Entwicklungsraum unter besonderer Berücksichtigung des Expo-Standortes (Auszüge aus den Diskussionsgrundlagen zum Leitprogramm; Stand Feber/März 1990); in »Donau[t]raum...«; a.a.O.
(18) siehe Fußnote 3

Südafrika auf der Wollzeile

Die ursprünglich bis 7.April angesetzte Buchausstellung in der Buchhandlung Morawa mußte bereits am ersten Tag abgesetzt werden. Ist Apartheid in Wien nicht gesellschaftsfähig?

(TATblatt-Wien)

Die Buchausstellung mit Thema Südafrika wurde von der Geschäftsleitung der Morawa-Hauptfiliale in der Wollzeile geplant. Enge Zusammenarbeit mit der Südafrikanischen Botschaft, sowie dementsprechendes Engagement der Geschäftsleitung sollten gewährleisten, daß es eine der größten Südafrika-Propagandaveranstaltungen werde. Bei der Eröffnung am 29. März waren dann auch Botschafterin Schmidt, sowie deren Kulturattaché, Professor Behrens, anwesend.

Die ausgestellten Bücher paßten ganz ins Klischee vom "schönen", weißen Südafrika. Schwarze AutorInnen waren praktisch ausgespart. Das mehr als lächerliche, dennoch nicht weniger bezeichnende Rahmenprogramm, stellte eine Gruppe südafrikanischer (natürlich weißer) Collegeboys: Sie machten Musik, "wie man es sonst von den Schwarzen so oft hört, denn die singen beim Arbeiten ja stets gerne". Eine Auslagenscheibe präsentierte das Urlaubsparadies Südafrika: Sandstrände, Palmen,... — nicht lange.

Schon in der selben Nacht ging die Auslagenscheibe mysteriöserweise zu Bruche. Tags darauf wird die Veranstaltung für beendet erklärt. Die Auslage wird zuerst geräumt, die Ausstellungsstücke im Inneren der Buchhandlung folgen.

Auf unsere Anfrage, was der tatsächliche Grund für die Absetzung der Ausstellung sei, wird uns bestätigt, daß die Auslagenscheibe einer der Hauptgründe gewesen sei, daß aber daneben noch eine Reihe anderer Vorkommnisse zu erwähnen wären: Protesttelegramme, auch aus Südafrika, Bombendrohungen, die ablehnende Haltung der Angestellten und das mißverstehende Publikum, das naiverweise im Glauben die Buchhandlung betrat, hier werde etwas gegen die Apartheid getan. Als die KundInnen dann jedoch vor die unübersehbaren Tatsachen gestellt, ihre Meinung kundgetan hätten,....

Der Falter, der engste Kontakte zur Firma Morawa hat, bezeichnet die Präsentation "blamabel für eine Buchhandlung, die auf ihr ausgezeichnetes Sortiment verweist". Wir begrüßen, daß so eine Veranstaltung, in der auch sonst öfters im Zentrum der Kritik stehenden Firma, konsequent verunmöglicht wurde.●

...die Fassade bröckelt

Der **funke** ist eine anarchistische Zeitschrift, die sowohl Informationen, Berichte und Kommentare über lokale, nationale, internationale, sowie antinationale Bewegungen und Kämpfe bringt, als auch Diskussionen innerhalb der radikalen Linken führt. Außerdem soll er als Sprachrohr für all jene fungieren, die zwar eine Meinung, aber keinen Medienkonzern ihr Eigen nennen können.

der funke
★ SOZIALREVOLUTIONÄRE ZEITSCHRIFT ★

O Bitte schickt mir den nächsten **funken** zur Probe gratis zu.

O Ich möchte die nächsten fünf **funken** zum Preis von S 65,- zugeschickt bekommen.

O Ich möchte die nächsten zehn **funken** zum Preis von S 120,- zugeschickt bekommen.

Bitte ausschneiden und einsenden an: **Redaktion der funke, Postfach 469, 4021 Linz.**
Oder direkt einzahlen auf unser Konto: **BLZ. 14.000, KTO. Nr. 46610-083-390**

Internationaler Aktionstag: SHELL – Raus aus Südafrika

Sanktionen jetzt !

Am 28. April finden in verschiedenen europäischen Ländern – von Italien bis Norwegen – Aktionen gegen SHELLs Anwesenheit in Südafrika statt. Auch in Österreich sind für diesen Tag von verschiedenen Gruppen dezentrale Protestaktionen, wie z.B. Mahnwachen an SHELL-Tankstellen, geplant.

(Shell-Boykott Gruppe)

WARUM GERADE JETZT ?

Während die südafrikanische Regierung die Außenwelt gerne glauben läßt, daß die Apartheid abgeschafft sei, fordert die südafrikanische Opposition (African National Congress/ Schwarze Gewerkschaften) dazu auf, den politischen Druck durch weitere Desinvestments und ökonomische Sanktionen zu erhöhen — "Der Stil hat sich verändert, aber die Apartheidsgesetzgebung ist noch immer da." (ANC-Führer Walter Sisulu). Strände und Schwimmbäder wurden freigegeben, aber das allgemeine Wahlrecht wurde nicht eingeführt. Auch andere Grundpfeiler des Apartheidsystems, wie die Politik der "Homelands", Privilegien der weißen Bevölkerung etc., wurden bisher nicht angetastet.

WARUM ANTI-SHELL-AKTIONSTAG?

Shell ist heute einer der umsatzstärksten Multis der Erde. Shell ist unter anderem z.B. größter Saatgutproduzent der Erde, und überhaupt stark engagiert in Sachen Biotechnologie.

In Südafrika ist Shell größter Auslandsinvestor, und größter Produzent von Ölprodukten. Als Dank für seine treuen Öllieferungen trotz des OPEC-Boykotts von 1974 erhielt Shell, wie andere Ölmultis auch, feste Anteile am Kohleexport (Kohle ist, nebenbei, Südafrikas zweitwichtigste Devisenquelle nach Gold).

Dem Südafrikanischen Militär liefert Shell 18% seiner Brennstoffe, 800 000 Liter Öl und Benzin pro Tag, daneben bestehen handfeste Vermutungen, daß Shell Militär und Polizei auch mit Kerosin, Heizöl, Rohstoffen für Napalm und Nervengase und vielem anderen versorgt. Außerdem finanziert Shell gehorsam (wie im National Key-Points Act festgelegt) ständig Objektschutztruppen für wichtige Versorgungspunkte (Raffinerien, Tankstellen...), die unter dem Oberbefehl des Heeres stehen und auch für andere Heeresoperationen eingesetzt werden können.

Öl ist die Achillesferse des südafrikanischen Staates, denn Südafrika muß 2/3 seines Ölverbrauchs importieren. Shell und andere Ölmultis sind somit von enormer Wichtigkeit für die Stabilität des Apartheidregimes.

Shell und andere Multis sind allerdings nicht nur wegen des Öls von großer Bedeutung für das Rassistenregime. Eine große Rolle spielt der Multi Shell auch wegen seiner internationalen Organisation. Was in den Shell-Laboratorien in der ganzen Welt oder in Zusammenarbeit mit anderen Konzernen geforscht wird ist überlebenswichtiges Know-How für den Apartheidstaat — so ist z.B. die von Shell betriebene Biomasseforschung für einen derartig vom Ölimport abhängigen Staat höchst interessant. Neben dem Zugang zu internationalem Know-How profitiert Südafrika aber auch von den Absatzchancen am internationalen Markt, die ihm durch Shell geboten werden — z.B. in Sachen Kohle.

INTERNATIONALER SHELL-BOYKOTT

Anti-Apartheidsgruppen, Gewerkschaften in den USA und in einigen europäischen Ländern und der ökumenische Rat der Kirchen rufen schon seit einigen Jahren zum Boykott von SHELL auf, solange SHELL durch seine Anwesenheit in Südafrika das Apartheidsregime unterstützt. Besondere Wirkung zeigte der Boykottaufruf bisher in den USA, Großbritannien, den Niederlanden und in den skandinavischen Ländern, wo SHELL 1987/88 Umsatzeinbußen bis zu 7% hinnehmen mußte.●

Aufruf zum internationalen Anti-Shell-Aktionstag 28. April 1990

An alle, denen Multis schon immer ein Dorn im Auge waren !

(Shell-Boykott Gruppe)

Wir haben uns entschlossen, zu diesem Aktionstag unser Scherflein beizutragen. Wir planen dazu eine kleine Kundgebung, Straßentheater und eine Mahnwache bei einer SHELL-Tankstelle; weiters kümmern wir uns um Flugis, Sticker und eine Presseaussendung.

Im Augenblick halten wir eine große(?), zentrale Veranstaltung für nicht sehr sinnvoll, stattdessen wollen wir auch andere Gruppen zu kleinen, dezentralen Aktionen anregen. Als Orte für solche Aktionen bietet sich neben Tankstellen auch das Hauptgebäude von SHELL-Österreich an.

Falls es euch interessiert: es gibt auch Inhalte für diese Aktionen. Vordergründiges Thema ist dabei SHELLs Unterstützung für das Apartheidregime — aber an sich geht es um mehr. SHELL ist unter anderem einer der größten Biotechnologiemultis, wahrscheinlich größter Saatgutproduzent der Erde, stark vertreten im Insektizid- und Herbizidgeschäft, etc...

Aber dieses Thema ist so umfangreich, daß wir damit überfordert waren, es in so kurzer Zeit soweit aufzuarbeiten, daß es als Grundlage für Öffentlichkeitsarbeit hätte dienen können. Wichtig ist uns jedoch, daß es nicht um SHELL oder Apartheid alleine geht, sondern um die Thematisierung multinationaler Konzerne generell. Was das Thema SHELL und Biotechnologie angeht, könnte sich vielleicht eine Gruppe angesprochen fühlen, speziell eine Aktion oder ein Flugi zu diesem Thema zu machen.●

Abschließendes Koordinierungstreffen für die Samstags-Aktionen: Montag, 23. April, 19.30 Uhr im WUK – Umweltraum, 1090, Währingerstr.59

SHELL to HELL und fröhliche Ostern wünscht euch eure Shell-Boykott Gruppe

SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA! KILL A MULTI!

Materialien zum Shellboykott, 88 Seiten, broschiert
Preis: 8 DM

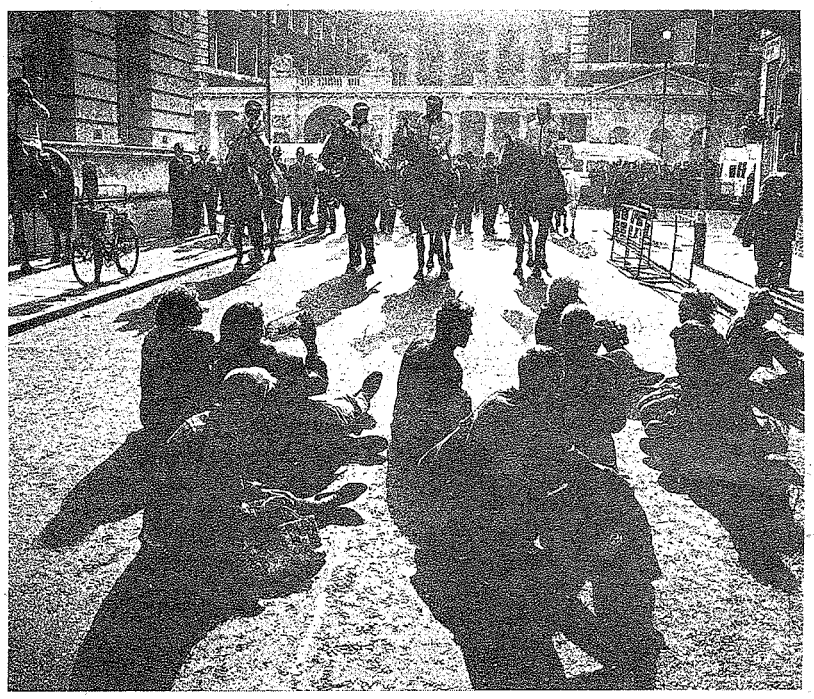
Redaktion: Arbeitskreis Internationale Solidarität
Herausgeber: ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam
Bestellungen bitte an:
Edition im ID-Archiv
c/o AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr.8
1000 Berlin 19

Inhalt: Diskussionspapier für eine Anti-Shellkampagne vor dem Hintergrund der westeuropäischen Formierung
Geschichte von Shell, Shell in Südafrika, Shell und Biotechnologie, Shell und Kohlen u.v.a.
Geschichte der radikalen Anti-Shellkampagne in Westeuropa mit ausführlichem dokumentarischen Anhang

Poll Tax riot in London

(TATblatt-Wien)

Sonntag, 1. April, trat in ganz Großbritannien die Poll Tax (siehe unten) in Kraft. Nach einigen Wochen des lokalen Widerstandes - so wurden in mehreren Städten Rathäuser und andere öffentliche Gebäude besetzt oder gestürmt - kam es an diesem Wochenende zu zwei zentralen Demonstrationen. Am Samstag demonstrierten über 25.000 Menschen in Glasgow/Schottland, wo in einem Modellversuch die Poll Tax bereits vor einem Jahr eingeführt wurde. Trotz offiziellem Boykott der Demonstration durch Labour Party und Gewerkschaften gab es an diesem Tag eine der größten Demonstrationen in der Geschichte Schottlands.



Sonntag nachmittags versammelten sich etwa 200.000 Menschen in der Innenstadt von London. In unmittelbarer Nähe des Amtssitzes von Premierministerin Thatcher kam es zu einem ersten Zwischenfall. Einige DemonstrantInnen begannen eine Sitzblokkade vor den Polizeiabsperrungen, die von berittenen Polizisten aufgelöst wurde. Dieser Polizeieinsatz war dann der Auslöser für eine stundenlange Straßenschlacht in der Innenstadt von London. Hunderte DemonstrantInnen versuchten die berittenen Polizisten mittels Wurfgeschossen zu stoppen. (Dieser erste Zwischenfall wurde dann von den Behörden und der Presse als Sturm auf den Amtssitz der Premierministerin bezeichnet.) Die Polizei konnte die Menschenmenge zum Trafalgar Square abdrängen, wo sie jedoch endgültig die Kontrolle über die Situation verlor. Nach Polizeiangaben beteiligten sich zwischen 3000 und 3500 DemonstrantInnen an den folgenden Auseinandersetzungen und Plünderungen. Am Trafalger Square wurde die Südafrikanische Botschaft gestürmt und anschließend angezündet, von dort ging es dann zu den großen bekannten Einkaufsstraßen der Londoner Innenstadt. Dutzende Geschäfte wurden entscheibt und anschließend geplündert. In dem stundenlangen Chaos inmitten von tausenden TouristInnen konnte die Polizei niemals die Kontrolle über die Londoner Innenstadt zurückgewinnen. Erst in den Nachtstunden mußten die DemonstrantInnen sich auflösen, die einzelnen Polizeieinheiten wurden zu dieser Zeit mittels Hubschraubern koordiniert. Hunderte DemonstrantInnen wurden im Laufe des Tages verletzt und/oder verhaftet, 68 von ihnen wurden angeklagt und dem Gericht überstellt.

In den ersten Reaktionen von Politikern (auch der Labour Party) und in den Presseberichten wurde dieser Tag als planmäßige Aktion von einigen radikalen Gruppen (mit der Unterstützung von hunderten schwer Betrunkenen) bezeichnet. Die Thatcherjahre der Verelendung breitester Bevölkerungsschichten waren für sie keine Ursache für den Ausbruch an diesem Tag.●

Die langsame Methode: Polltax als Bevölkerungspolitik

(TATblatt Wien)

Die Polltax wurde am 1.4.1989 vorerst in Schottland an Stelle der bis dahin eingehobenen Grundsteuer eingeführt. Die Kommunalausgaben der schottischen Gemeinden werden seitdem statt durch ein je nach Einkommen und Grundbesitz progressiv gestaffelten Steuersystem aus den Mitteln einer einheitlichen Kopfsteuer bestritten, die von allen GemeindebewohnerInnen unabhängig von Besitz, Einkommen und sozialer Stellung bezahlt werden muß. Die Höhe der Steuer ist in den verschiedenen Landesteilen verschieden hoch, und das hat seinen guten Grund:

Die kommunalen Ausgaben umfassen in Großbritannien sämtliche Sozialausgaben, den gesamten Bereich des kommunalen Wohnbaus, das Schulwesen, Krankenhäuser, städtische Bäder, Kinderbetreuung bis hin zu Müllbeseitigung und Straßenkehrung. Die Höhe der Polltax wird aus dem geschätzten Geldbedarf einer Gemeinde ermittelt. Und so kann es nicht verwundern, daß die millionenschweren BewohnerInnen von Brighton weniger als halb soviel Kopfgeld bezahlen müssen wie die der abgewrackten Industriestädte Manchester oder Liverpool. Während in Brighton wirklich nur die Straßenbeleuchtung und die Straßenkehrer das städtische Geldsäckel belasten, müssen in den großen Städten Sozialhilfen für tausende von Arbeitslosen, die Führung und Erhaltung von Tröpferlbädern, der Neubau kommunaler Wohnungen oder kostenlose Ausspeisungen für die SchülerInnen öffentlicher Schulen von der Gemeindekassa bezahlt werden.

In Schottland formierte sich bereits Widerstand. Bis zu 60% der Bevölkerung sollen die Polltax für das abgelaufene Fiskaljahr (jeweils vom 1.4. eines Jahres bis zum 1.4. des darauffolgenden) nicht bezahlt haben. Die Folge sind hohe Geldstrafen bzw. Streichung aus der amtlichen WählerInnenevidenz, heißt also: Ausschluß vom Wahlrecht.

Die Labourparty präsentiert sich als Opfer der Polltax: Der Ausschluß vom Wahlrecht würde vor allem Labour-WählerInnen in größeren Bezirken und Industrieregionen treffen. Eine Zementierung der konservativen Regierung auf Jahrzehnte hinaus wäre die Folge. Und obwohl dieser Einwand durchaus seine Richtigkeit hat, wird er in der Argumentation Labours zu reinstem Zynismus. Die Streichung aus der WählerInnenevidenz bedeutet nämlich nicht nur den Verlust des Wahlrechts, sondern, und das wird die Betroffenen weit mehr bedrohen, auch den Ausschluß von der Benützung der kommunalen Einrichtungen, die für viele Menschen Grundlage ihrer Existenz sind.

Die Polltax ist die langsame, aber kalkulierte Methode, Menschen erst ökonomisch und kulturell, dann sozial und schließlich physisch zu vernichten.●

Aufstand in Strangeway

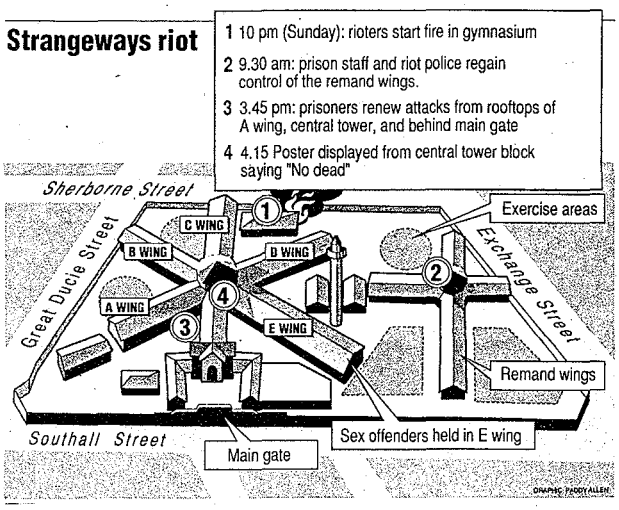
(TATblatt-Wien)

Während des Sonntagsgottesdienstes gegen 10.30 begannen Gefangene des Strangeway Gefängnisses in Manchester als letztes Mittel einen Aufstand gegen Überbelegung (Strangeway, 1878 ! für 890 Personen errichtet, ist mit über 1600 Gefangenen belegt), unmenschliche Haftbedingungen und Mißhandlungen vom Gefängnispersonal. Ein Gefangener nahm sich das Mikrophon des Pfarrers und rief zur "Eroberung" des Gefängnisses auf. Sehr rasch breitete sich der Aufstand auf andere Zellenblocks aus, wobei sich nach Angaben der Polizei etwa 1100 Gefangene beteiligten. Die zu dieser Zeit anwesenden 116 Wärter mußten nach kurzem Kampf das Gefängnis aufgeben. Dabei sollen mindestens 50 Personen verletzt worden sein. Auch hunderte Polizisten in Kampfmontur konnten das Gefängnis nicht zurückerobern. Während des Kampfes legten Gefangene Brände in einigen Trakten und versuchten auch auf andere Weise den Häfn zu zerstören. Die Einrichtung wurde zertrümmert und das Dach teilweise abgetragen, wobei sich die Dachziegel hervorragend als Wurfgeschoße eigneten. Auch in der darauffolgenden Nacht waren ständig Gefangene auf dem Dach um, Angriffe der Polizei abzuwehren. Ein Gefangener mit einem erbeuteten Megaphon sagte - "Stoppt die Brutalitäten, wir pack'n es nicht mehr. Wir sind hier oben weil wir genug davon haben, wie Scheiße behandelt zu werden. Wir sind keine Tiere, wir sind Menschen." In Strangeway waren oft 3 Gefangene in einer 1-Mann-Zelle und das 23 Stunden jeden Tag. Einmal in der Woche "durften" sie duschen und Bekleidung wechseln.

Gegen 16 Uhr war ein Transparent mit dem Text - "Keine Toten" - auf dem Dach zu sehen. Damit reagierten die Gefangenen auf Polizei- und Presseberichte, in denen von über 10 Toten die Rede war. Zu Beginn der Revolte sollen Gefangene einen Trakt, in dem Sexualattentäter separat untergebracht waren, gestürmt und einige zu Tode geprügelt haben. Der stellvertretende Vorsitzende der Labour Party meinte dazu, daß "niemand verwundert sein soll, daß sich die Gefangenen wie Tiere benehmen, wenn der Staat sie jahrelang wie Tiere behandelt hat."

Am Montag war Strangeway komplett zerstört, die Zellen und Hallen demoliert und immer wieder brachen Feuer in allen 10 Trakten aus. Ein hoher Polizeioffizier sprach sich bereits für eine ständige Schließung des Gefängnisses aus. Im Laufe des Tages konnten Polizeieinheiten trotz heftigen Widerstands der Gefangenen 5 der 10 Trakte zurückerobern. Gegen Montag Nacht hatten bereits 1500 Häftlinge aufgegeben und wurden in 27 andere, wie Strangeway völlig überfüllte, Gefängnisse gebracht. Etwa 20 Gefangene verbrachten ihre zweite Nacht auf dem Gefängnisdach. Die Taktik der Polizei ist es, die Häftlinge auszuhungern und zu zermürben. Während der Nacht fällt die Temperatur auf unter 0 Grad. In den nächsten 2 Tagen gaben weitere Gefangene auf. Etwa 40 Gefangene haben sich in den oberen Stockwerken von 4 Trakten verbarrikadiert und halten weiter das Dach besetzt. Bereits zwei Drittel des Gefängnisses sind von der Polizei erobert, dabei fanden sie einen toten Häftling, wobei es zur Todesursache unterschiedliche Meldungen gibt.

Inzwischen gärt es auch in anderen Gefängnissen, in Winchester versuchten Gefangene ein Aufstand zu beginnen, ebenso in London-Wandsworth. ●



ČSFR:

Militär gegen Gefangene

(TATblatt-Wien)

Im Gefängnis Leopoldov nördlich von Bratislava wurde ein Aufstand der Gefangenen mit dem Einsatz von "Anti-Terroreinheiten" und Falschirmjägern niedergeschlagen. Nach Angaben der Polizei wurden dabei 29 Häftlinge und ein Polizist verletzt. ●

Eduard Z. Nowak

Hoppala

Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des

MATHIAS N.

Was bisher geschah:

Eine Welt ist in Bewegung. Mit ihr Mathias N. und seine FreundInnen, die sich des Kampfes um eine bessere Gesellschaft verschworen haben. Um dabei den Fängen der SchärgInnen ihrer erbittertsten Gegnerschaft (von Staat über Kapital bis Patriarchat und überhaupt) tunlichst zu entgehen, vermeiden sie bei all ihren Aktionen die Hinterlassung jedweger Spuren. Egal, ob es sich um den Anschlag auf diesen »Schweinekonzern«, wie sie ihn nannten, im September vergangenen Jahres handelt, um Sprayaktionen, Straßenblockaden, Fehlalarmauslösungen, gefälschte Flugblätter oder sonst irgendwas. Denn, was man/frau auch tut, die Justiz kennt niemals Gnade nicht.
Doch die bewegte Welt ist ein klein wenig zu überschaubar, als daß sich Mathias N. und seine FreundInnen in Sicherheit wiegen könnten. Denn der Feind schläft nicht, oder doch?

Folge 12: Tausend Augen

»Höha, Kurtl, höha! Du schlafst ja! Aufwachen!«. Herbert Vasek rüttelt seinen neben ihm am LenkerInnensitz sitzenden — aber nicht lenkenden — Kollegen. »Was is?« murmelt Kurt Kolabek, »is da scho wieder a Kugelschreiber kaputtgangen?« Sein Tonfall wirkt schlaftrunken, aber *nur* schlaftrunken, nicht *wirklich betrunken*, schließlich ist er ja kein Staatspolizist. Auf diese Feststellung legt Kurt Kolabek durchaus wert. Die Bemerkung mit dem Kugelschreiber hat Vasek widerwillig aber doch überhört. Er hat die ewige Nörgelei satt, die er immer über sich zu ergehen lassen hat, wenn Kolabek wach ist. Was soll er, Vasek, denn tun, wenn er tagein tagaus stundenlang in unauffällig geparkten Autos sitzen muß um Haustore zu beobachten, durch welche vielleicht nach Stunden endlich einmal zehn unscheinbare Sekunden lang eine Person ein- oder austritt, und wenn dies dann von ihm festgestellt wird, ist auch schon seine Aufgabe für diesen Tag erfüllt. Also führt Vasek im Handschuhfach immer ein ganzes Sackerl voller Kugelschreiber mit, die er allwöchentlich im Materialmagazin des Innenministeriums ausfaßt, und die er zum Zeitvertreib immer so lange wiederholt zerlegt und wieder zusammenbaut, bis sie schließlich kaputtgehen. Dann wirft er den Kugelschreiber weg, raucht eine oder zwei Zigaretten und nimmt schließlich den nächsten Kugelschreiber zur Hand, dem dann das gleiche Schicksal widerfährt, wie hunderten Kugelschreibern vor ihm (1).

Seinen Beruf hat sich Vasek wahrlich spannender vorgestellt, wie er da vor etlichen Jahren, zwölf an der Zahl, in den Polizeidienst getreten ist. Nach langen faden, ja demütigenden Jahren in Funkwagen der Sicherheitswache hat er sich dann irgendwann mal zur Kriminalpolizei gemeldet. Doch die spannende Welt der Fernsehkommissare hat sich auch dort als Hirngespinst entpuppt. Dabei war Vasek schon immer ein Mann, der viel Eigeninitiative an den Tag legt, und durchwegs überdurch-

Fußnote:
(1) vgl Mathias 8 »*In der Nacht ist der Mensch ganz gern alleine*« in TATblatt minus 76.

schnittlich erfolgreich operiert, und sogar seinen Alkoholkonsum durchaus unter Kontrolle halten kann.

Immer wieder suchte er nach neuen Betätigungsfeldern, um endlich eine Aufgabe zu finden, die ihn fordert, in der er zeigen kann, was er kann. Wie er dann vor zwei Jahren das Rundschreiben gelesen hat, auf dem aufgefordert wurde, sich doch zur *Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus* zu melden, glaubte er endlich das gefunden zu haben, wonach er all die Jahre gesucht hatte: Eine Betätigung, für die zu leben es sich lohnt, und zu sterben, wenn es sein muß, auch. Obwohl er von letzterem schon Abstand nehmen möchte. Schließlich hat er ja auch noch Frau und Kind, mit denen er ein durchaus wohlbehütetes und unauffälliges, trautes Familienleben führt. Das muß er ja auch, denn intakte Familienverhältnisse sind Bedingung, um bestimmte Aufgaben erfüllen zu dürfen.

Und nun also ist er dieser *Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus*, kurz *EBT* genannt, dienstzugeteilt. Doch: Konnte er sich in den langweiligsten Momenten seines bisherigen Lebens kaum vorstellen, daß es *noch* langweiligere Momente geben könnte — seit er sein neues Betätigungsfeld *'Observationen'* übernommen hat, weiß er es.

Dabei ist es gar nicht so einfach, Observant zu werden. Als ObservantInnen kommen nur KriminalbeamtInnen in Frage, die über die üblichen kriminalistischen Kenntnisse hinaus noch weitergehend fortgebildet sein müssen. Unbedingte Eignungsvoraussetzungen sind gute körperliche Kostitution, unauffälliges Aussehen, Gewandtheit und Ausdauer, gutes Konzentrationsvermögen, Anpassungsfähigkeit, Kombinationsgabe, Verschwiegenheit, Realismus, Gemeinschaftssinn, und so weiter.

Was Vasek aber ganz besonders stört ist, daß er sich als Observant viel mehr gegen Frauen durchsetzen muß, als sonstwo bei der Polizei. Denn gerade weibliche ObservantInnen sind es, die besonders unauffällig agieren können. Wenn sich potentiell zu observierende Leute auf die Suche nach sie observierenden ObservantInnen machen, halten sie zumeist nur nach männlichen Observanten Ausschau, weil sie so militärischen Wachkörpern, wie die Polizei einer ist, den Einsatz weiblichen Personals nicht zugetraut hätten. Und gerade dieses, auch in fortschrittlichen Kreisen — »bei den Terroristen«, wie Vasek es ausdrücken würde — verbreitete Vorurteil, macht es taktisch überaus sinnvoll, weibliche Observantinnen männlichen vorzuziehen. Freilich gilt das eben beschriebene auch für Beamtinnen bei der Kriminalpolizei und der Staatspolizei.

Vasek hat es aber trotzdem geschafft, was er mittlerweile auch schwer bereut. Wenn es wenigstens spannendere Observationen wären, die er auszuführen hätte. Etwa mit Abhören von Wohnungen und Büros, oder so. Oder Bewegungsobservationen, mit Verfolgung von Autos, oder von FußgängerInnen, aber nein: Der Auftrag lautet, nur mal dazustehen und zu schauen. WelcheR kommt oder geht, und wann er oder sie das tut. Und was das Schlimmste ist: Vasek, ebenso wie auch sein Kollege Kolabek, weiß gar nicht, wieso es nun polizeilich sinnvoll oder gar wichtig ist, hierorts eine Observation durchzuführen. Denn gedacht, kombiniert und mit dem klassischen polizeilichen Spürsinn ermittelt, wird anderswo. Sie, Vasek und Kolabek, sind nur Zulieferer von Informationen, kleine Ausführende, die in die taktischen Überlegungen aus ebensolchen taktischen Überlegungen nicht einzuweihen sind. Punkt. Eigentlich sind sie *nichts, gar nichts*, fürchtet Vasek bisweilen. So sehr er auch weiß, wie *wichtig* seine Arbeit ist, so *unwichtig*, so gedemütigt, kommt er sich bisweilen bei dessen Erledigung vor.

***

Es fangt zum Regnen an. »Es fangt zum Regnen an!« sagt Vasek zu seinem neben ihm sitzenden Kollegen. »Was?« murmelt dieser immer noch — oder schon wieder? — schlaftrunken, »zum Regnen fangt's an?« — »Ja, zum Regnen fangt's an!« — »TsTsTs, zum Regnen fangts an.« Es geht doch nichts über erbauliche Gespräche mit netten Kollegen, selbst wenn es zu regnen anfängt. Vasek fühlt sich ein klein wenig wohler. Er lenkt seinen Blick auf den Gehsteig hinaus. *Bürgersteig* hat das früher geheißen, erinnert sich Vasek an den Geschichtsunterricht. Aber dann ist der Karl Marx gekommen mit seinen Proleten, und seitdem heißt es Gehsteig, bis heute noch. Das da, worauf er jetzt hinausschaut, das ist aber auch wahrlich kein *Bürger*steig nicht. Denn *was für Leute* hier wohnen, das zwingt Vasek geradewegs mit dem Kopf zu schütteln. Ein *Terroristen*steig, ist das da, kein *Bürger*steig. Ja, ein Terroristensteig ist es, weil sonst müßten sie da ja nicht stehen. »Abgetragen ghörat er, der Terroristensteig, der damische! Oder zumindestens zugeparkt. Daß nimma durchkumman, de Saugfrasta, de damischen.« denkt er sich. Er überlegt auch noch, ob er nicht vielleicht den schon wieder eingeschlummerten Kolabek aufwecken und ihn bitten sollte, doch mit dem Auto auf den Gehsteig hinaufzufahren, daß das Terroristengsindel nicht mehr durchkommt, aber dann fürchtet er doch zu sehr, daß Kolabek ungehalten reagieren könnte, und läßt es bleiben.

Kaum hat Vasek diese Gedanken, die er, wenn es ihm nicht so furchtbar langweilig gewesen wäre, wohl niemals gehabt hätte, zu Ende gedacht, kommt Abwechslung in sein Leben. Einer jener Momente naht, für die es sich lohnt, Polizist zu sein, für die es sich lohnt, hier zu stehen. »Da schau, schnö! Kurtl, da, gschwind!«. Vasek gibt seinem Kollegen einen derartigen Stoß, daß dieser gleich beide Augen auf einmal aufschlägt. »Was is?« — »Schau wer da kummt!« — »Wer kummt denn da?« — »Unser Freind!« — »A do schau her! Des gibt a Meldung! Na wart.« Freilich machen Kolabek und Vasek nicht sofort Meldung. Sie warten noch zu. Denn, wenn Mathias, der da mit einem umgehängten Jutesackerl an der Schulter den Gehsteig entlangschreitet, die beiden Beamten dabei sehen würde, wie sie zu einem Funkgerät greifen würden, könnte ihm ja der Verdacht kommen, daß es sich hibei um observierende Beamte handeln könnte. Und genau das wollen die beiden ja vermeiden.

Ruhigen Schrittes kommt Mathias dem Wagen der Observanten immer näher. Der nicht allzu starke Regen stört Mathias nicht allzusehr. Im Gegenteil: Er erfrischt ihn. Mathias käme nie und nimmer auf die Idee, gerade heute morgen observiert zu werden. Woran sollte er dies auch bemerken?

Vor Jahren einmal war er bei einer Wohngemeinschaft auf Besuch. Damals war es ganz offensichtlich, daß diese WG observiert würde, könnte sich Mathias nun erinnern, wenn er sich erinnern würde, was er aber jetzt nicht tut, weil er ja, im Gegensatz zu uns, keine Veranlassung dazu verspürt. Hier und jetzt hingegen bedürfe es schon einer beträchtlichen Portion Zufalls oder anstrengender Kontrollen seitens Mathias N.'s und seiner FreundInnen, die Observation festzustellen.

Den beiden Observationen — der *offenen* Observation von damals, und der *verdeckten* von jetzt — liegen ganz andere Absichten und Zielvorstellungen zugrunde. Damals, bei der offenen Observation, wollte die Polizei, daß die Observierten ihre Observation bemerken, um sich verunsichert zu fühlen und viele Dinge, die sie sonst vielleicht gemacht hätten, nicht zu tun. Oder hibei viel mehr Anstrengungen investieren zu müssen, die sie von anderen Sachen abhalten. Beziehungsweise einfach Angst zu bekommen und zu erkennen, wer die Macht hat, und wer das Recht. Hier und jetzt aber will die Polizei unbemerkt observieren, um Informationen zu sammeln. Also dürfen die Observierten von der Observation nichts merken.

Der verschiedentliche Einsatz *offener* Observationen, die von den Observierten sofort bemerkt werden, hat für die Polizei auch den — taktisch überaus sinnvollen — Nebeneffekt, daß die Leute in die irrige Annahme geraten, daß sie Observationen, so sie stattfinden, stets bemerken würden. Die Polizei wird für blöder gehalten, als sie ist, was diese aber keineswegs kränkt, sondern ihr vielmehr entgegenkommt, weil es die Arbeit bei *verdeckten* Observationen sehr erleichtert. Welche Form der Observation gewählt wird, hängt also keineswegs von Können und Geschicklichkeit der BeamtInnen ab, als vielmehr von polizeitaktischen Überlegungen.

PLATSCH!

Genau zu dem Zeitpunkt, wie Mathias

gedankenverloren an dem Auto der unauffälligen Observanten vorbeigeht, reißt der Trageriemen seiner Umhängetasche aus Jute. Volle drei Jahre hat die Tasche bislang gehalten. Jetzt aber reißt sie, und der Inhalt der Tasche verteilt sich über den Gehsteig. Wir wollen an dieser Stelle nicht jedem Gegenstand aus der Tasche unser Augenmerk schenken. Dies würde den Rahmen dieser Folge der vorliegenden Krimiserie bei weitem sprengen. Wir greifen vielmehr nur beispielhaft jenes türkische Fladenbrot heraus, welches eben in eine kleine Wasserlacke gekollert ist, was das ebenso erzürnte wie nicht-zielführende Ausrufen des Wortes »Nein!« aus Mathias' Mund provozierte.

Ebenfalls aber entwich eine mitgeführte Lack-Spraydose der abgerissenen Tasche. »Aha!« sagt Vasek ganz leise, der den Zwischenfall eher mißmutig zur Kenntnis nimmt, weil er ja unbedingt unbemerkt bleiben möchte. Die Dose rollt ein kleines Stück den Gehsteig entlang, fällt die Kante hinunter und rollt noch ein kleines Stück weiter, bis sie endlich, beim rechten Vorderreifen des Wagens von Kolabek und Vasek zum Stillstand kommt. Mathias macht keine Anstalten, die Dose aufzuheben. Es scheint, als hätte er sie gar nicht bemerkt. »Zufall?«, fragt Kolabek, »Hm«, meint Vasek.— »Oder? Was is, wenn...?«, fragt Kolabek, »Hm«, wiederholt Vasek. — »Ich mein es könnte ja,..«, spekuliert Kolabek. »Hm!«, wirkt Vasek schon ziemlich entschieden. »RAUS!« befiehlt schließlich Kolabek aufgeregt und springt auch sogleich — nach Öffnung der Türe, freilich — aus dem Wagen. Vasek läßt beim Aufreissen der Autotüre seinen Kugelschreiber fallen, der sogleich auf den Gehsteig kollert, und springt ebenfalls hinaus. Mathias, der sich gerade ein aus seiner Tasche gefallenes, und nun ziemlich dreckiges Buch abwischt erschrickt und wendet sich ruckartig den, ihn bitterbös anstarrenden Beamten zu. Vor Schreck kann Mathias kein Wort sagen. Vasek hat seine Hand bereits an seine Dienstwaffe geführt, kratzt sich dann aber »unauffällig«, und läßt seine Hand sinken.

»Tschuldigung!«, faßt sich Mathias kleinlaut, und entdeckt nun die Spraydose unter dem Reifen. Er geht hin und hebt sie auf, ohne die beiden Männer aus den Augen zu lassen, die ihrerseits ihn fest und unausweichlich im Blick behalten. »Des is fürs Fahrradl, zum Neuspritzen« erklärt Mathias, als ob er wüßte, daß die beiden Männer vor ihm Polizeibeamte sind, »ohne Treibgas freilich, und ohne Lösungsmittel!«, ergänzt er. Er hebt kurz die Dose ein wenig höher, als ob er den Firmennamen präsentieren möchte, lächelt angestrengt und steckt die Dose ein.

Mathias hält die beiden Männer nicht für Polizisten. Er glaubt, daß es sich um ganz normale *Alltagsfaschisten* handelt, die sich deswegen so entzürnt und angreiferisch geben, weil Mathias ihrem Auto zu nahe gekommen ist, und sowas schließlich eines der schwerwiegendsten Verbrechen in unserer Gesellschaft darstellt. Nicht auszumalen, welche Beschädigung die Dose am Lack des Wagens hinterlassen hätte können. Mathias käme aber nie auf die Idee, daß die beiden Männer für einen kurzen Moment Beschädigungen in einem ganz anderen Ausmaß im Sinn gehabt haben, ja daß sie für diesen Moment lang gar befürchtet haben, daß es sich bei der Dose um einen Sprengsatz handeln könnte.

»Tschuldigung«, säuselt Mathias noch einmal ängstlich. Nachdem er seine Sachen wieder in die Tasche getan hat — ohne es so richtig wahrzunehmen hat er auch den hinuntergefallenen Kugelschreiber Vaseks eingesteckt — dreht er sich schnell um und geht raschen Schrittes weg.

»Hm!« meint jetzt Kolabek — »Tja!« präzissiert Vasek. Sie steigen langsam in den Wagen zurück. »Des war jetzt ned so guat!« — »Naja!« — »Ob er Verdacht geschöpft hat?« — »Wahrscheinlich schon! Auf alle Fälle müssma damit rechnen!« — »Also san ma verbrannt! Fahr ma! Mach ma Mödung. Da müssen jetzt andere übernehmen,« — »Guat war ma« — »Ach was! Wets Leif!« Kolabek gurtet sich an und startet den Wagen. Vasek nimmt gleichzeitig eine neue Zigarette in den Mund und einen neuen Kugelschreiber in die Hand, zündet die Zigarette an und zerbricht den Kuli zur Abwechslung, noch bevor er ihn zerlegt. Dann parkt Kolabek das Auto aus und fährt weg. Auf einer langen Mauer hinter dem Markt werden die Beamten einer Sprayschrift angesichtig: »Irrsinn und Wahnsinn muß nicht sein. Gegen Spekulantenterror, EXPO Nein!«

»Ob des von earm war?«, fragt Vasek — »Is ma wurscht!«, antwortet Kolabek — »Um de Zeit ja eh wohl kaum, oder?«, fährt Vasek fort. Auch Kolabek fährt fort, zuckt aber bloß mit den Achseln. »I schreib mas auf alle Fälle auf, wie war der Text? Irrsinn und Wahnsinn ist gemein.... Ach was! Scheiß drauf!« — »Sag ich ja.«

***

»Bah! Leid gibt's! I sag das!« beginnt Mathias sofort zu erzählen, wie er endlich bei Isabella angekommen ist, in deren Wohnung sich die Gruppe prärevolutionärer FreundInnen zu einem ihrer konspirativen Treffen verabredet hat. »Mir is jetz, fast direkt vor deiner Haustür des Sackl grissen,.... ah, und übrigens: tu da doch die Farbspritzer von der Brille runterputzn, wenn des wer sieht, wie des ausschaut, bitte! Ah, und ob des gscheid is, so ganz in der Näh von da, was zu sprayn, obwohl es ist sehr schön, aber....« — »Was redst denn? Des war ned i! Was soll des?« unterbricht Isabella vielsagenden Blickes, während Mathias aber auch schon wieder ansetzt seinen Redeschwall fortzusetzen: »Was i aber sagen wolltat, also da is ma des Sackel grissen, und....«

Ausser Isabella und Mathias ist erst Konrad da. Die anderen kommen wie immer zu spät.

Welche Aktionen werden unsere FreundInnen diesmal wohl aushecken? Und worauf werden sie dabei wohl alles achtgeben? Das erfahren wir — wie immer — in der nächsten Folge. Wenn es auch im nächsten TATblatt wieder heißt: »Hoppala — Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.«

Wie aber wird die EBT die Observationen fortsetzen? Und was wird sie damit erreichen? Was wird sie wohl erreichen wollen? Und warum tut sie das überhaupt? Wegen der Sprayereien wohl kaum.

Haben sie vielleicht gar einen Verdacht bezüglich des Anschlages auf den sogenannten »Schweinekonzern« vom letzten September? Geht nun doch noch alles schief? Wird es der blutigen Alianz von Staat, Kapital und Patriarchat gelingen, die Revolution im letzten Moment doch noch im Keim zu ersticken? Auch das erfahren wir — hoffentlich — noch früh genug.

Fortsetzung folgt.

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER
Das andere Papier.

WIEN 1020 Springerg.1 Tel.2166305
WIEN 1070 Schottenfeldg.53 Tel.964307
GRAZ 8010 Glacisstr.23 Tel.832703
LINZ 4020 Waltherstr.2 Tel.283420

Reaktionen: PALÄSTINA

Reaktion der autonomen Palästinagruppe auf den LeserInnenbrief der SympathisantInnen der MLPÖ (TATblatt -73) bzw. die Fußnoten der TATblattredaktion.

Der Marsch der MLPÖ und ihrer SympathisantInnen in den zionistisch-ideologischen Käfig.

oder

Der Euro-Chauvinismus sitzt in den Köpfen der Linken.

(autonome Palästinagruppe)

Die MLPÖ und ihre SympathisantInnen argumentieren irrational. Sie wollen den Haß gegen Menschen jüdischen Glaubens internationalisieren.

Der Artikel im TATblatt ist der Beweis, daß sie sich noch nicht mit den tatsächlichen ökonomischen /gesellschaftlichen Wurzeln des Hasses gegen Menschen jüdischen Glaubens beschäftigt haben, die der Kapitalismus produziert.

"....die Idee der 'jüdischen Nationalität'trägt offen reaktionären Charakter, nicht nur bei ihren konsequenten AnhängerInnen (den Zionisten; Anm.), sondern auch bei denen, die versuchen, sie mit den Ideen der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen (den VertreterInnen des jüdischen Bundes in der SDAPR; Anm.)" (aus: Lenin Werke, Bd.7, S.90-91).

Die Menschen jüdischen und anderen Glaubens im arabischen Raum haben bis zum Zeitpunkt, in dem der Kolonialismus eingedrungen ist, in Frieden zusammengelebt.

Die MLPÖ versucht hier den Kampf gegen Zionismus und Imperialismus als Haß gegen Menschen jüdischen Glaubens zu konstruieren.

Es ist wichtig, hier klar zu stellen, daß der Haß gegen Menschen jüdischen Glaubens ein europäisches Phänomen ist (bzw. findet mensch das auch bei EuropäerInnen in Nordamerika, aber nicht bei den Völkern im Trikont; und wenn er dort auftritt, ist er vom europäischen oder us-amerikanischen Imperialismus importiert).

Einer von uns ist in Syrien aufgewachsen, in einer sehr religiösen Familie, die aus der Feudalherrschaft kommt. In Damaskus hat es nach der Ausrufung der "Unabhängigen Syrischen Republik" 1945 Demonstrationen gegen die Bildung des zionistisch-imperialistischen Projekts in Palästina ("Israel") gegeben. An diesen Demonstrationen nahmen sowohl Menschen jüdischen wie auch anderen Glaubens teil. Ein Ausdruck der antizionistischen Haltung war es, daß während der Demonstration die zionistische Fahne verbrannt wurde. Daraus hat er gelernt, daß es ein Kampf gegen Zionismus und Imperialismus ist, aber nicht gegen Menschen jüdischen Glaubens.

Die reaktionären arabischen Regimes dienen sicherlich dem Imperialismus und seinen Interessen im arabischen Raum. Aber sie können niemals die Funktion des zionistischen Gebildes "Israel" übernehmen, weil sie auf unsicherem Boden sitzen, da es immer wieder zu Aufständen gegen sie und den Imperialismus kommt. Die imperialistischen Mächte brauchen einen sicheren militärischen Stützpunkt im arabischen Raum, um ihre Interessen durchsetzen zu können. Diesen haben sie sich mit der Bildung des zionistischen Gebildes "Israel" geschaffen (siehe dazu: "Israel, Vorposten des internationalen Monopolkapitals"; Rote Fahne Nr.79 vom 15.6.1967).

Unsere Erfahrungen zeigen, daß linke Gruppen wie z.B. die MLPÖ keine antizionistischen Positionen vertreten, weil sie behaupten, in einem Land wie Österreich und der BRD, wo der deutsche Faschismus Millionen von jüdischen Menschen im KZ ermordete, fördere mensch damit den Antisemitismus.

Diese Art von Faschismusaufarbeitung, diese "Kollektivschuld" soll das Verbrechen mystifizieren.

Richtig ist, namentlich von VerbrecherInnen in Wirtschaft und Industrie zu reden. Faschismus kommt von Kapitalismus. "Kollektivschuld" wird außerdem angeführt, wenn die Verbrechen "Israels" zur Diskussion stehen.

Die Funktion von Irrationalität wird manifest, wenn AntizionistInnen des "Antisemitismus" bezichtigt werden, und ihre Kritik mit diesem Vorwurf erstickt wird. Damit arbeiten sie den imperialistisch-zionistischen Interessen in die Hände. Der Zionismus hat sein Ziel erreicht. Zionismus-Kritik wird zum "Antisemitismus".

Es wird heute mit dem Ausdruck "Kollektivschuld" bewußt, in Zusammenarbeit mit den ZionistInnen, versucht, die Verbrechen am palästinensischen Volk zu relativieren.

Das Schweigen über die Verbrechen "Israels", für die es innerhalb der letzten 25 Jahre von den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen über 1000 Mal (!) verurteilt wurde, zeigen, wie unsensibel die Öffentlichkeit in den EG-Staaten und in Österreich in Fragen von Unterdrückung und Völkermord an außereuropäischen Völkern — hier am palästinensischen — geworden ist.

Zwischen dem rassistischen Staatsprinzip "Israel" und seinen Verbrechen gegen die Menschlichkeit besteht ein kausaler Zusammenhang. Rassismus erzeugt Faschismus. Die Anerkennung "Israels" rehabilitiert Rassismus und Faschismus. Hier setzt sich ein Grundsatz der Nazi-Ideologie durch: Menschen jüdischen Glaubens als eigene "Rasse" anzusehen (Blutschutzgesetz bzw. Nürnberger Rassengesetze; siehe weiter unten zu Antisemitismus). Hieraus legitimiert sich der Apartheidsstaat "Israel". Die Anerkennung "Israels", oder gar die eigenen Regierungen, die seine Kriege und Ziele finanzieren, nicht genau in diesen Punkten anzugreifen, bedeutet keine Alternative zur Judenpolitik des deutschen Faschismus, sondern die Fortschreibung seiner Staatsprinzipien.

Wenn der "Arier-Staat" eine Lehre hinterlassen hat, dann in erster Linie diese: Nie wieder rassistische Staaten, auch nicht in Palästina. Zionismus hat mit Nazismus die Rassenlehre und die daraus abgeleitete Logik

Zum "Antisemitismusbegriff":

Ein rassistischer Begriff, der die Menschen in "SemitInnen" und "NichtsemitInnen" teilt. Es gibt aber nur eine Rasse, das ist der Mensch. Und selbst, wenn wir diese rassistische Logik übernehmen würden, wären die AraberInnen SemitInnen, und nicht die Menschen jüdischen Glaubens (die Nazis teilten in jüdische und arabische SemitInnen).

Der Begriff "Antisemitismus" wurde erstmals von Professor Tritschke, einem Professor an der Universität Berlin, von einem Reaktionär und Rassisten, im Jahre 1880 geprägt. Also sagt in Zukunft "antijüdisch", "Judenhaß" oder eine andere Beschreibung. Das Phänomen, das als "Antisemitismus" bezeichnet wird, unterscheidet sich grundsätzlich von antijüdischen Pogromen im Mittelalter, z.B. während der Kreuzzüge. Es ist absolut unhistorisch, von jahrhundertelangem "Antisemitismus" zu sprechen. Dieses Phänomen, das so umschrieben wird, hat im Imperialismus nicht nur "Sündenbockfunktion", sondern wird auch zu dem Zweck geschürt, um Leute zur Auswanderung nach Palästina zu zwingen. Wer auf dieses Argument mit Bauchweh reagiert, hat das Wesen des Zionismus nicht kapiert.

Zum Begriff des "Nationalsozialismus":

Anmerkung zum Kleinstgeschriebenen im Kasten "Zusammenarbeit Zionismus und Faschismus", einer Anmerkung des TATblatt-Kollektivs in TATblatt -73.

Liebes TATblatt-Kollektiv, liebe Leute!

Wir fühlen uns richtig verstanden; wir merken, ihr habt aufmerksam gelesen. Das ist eine berechtigte Frage.

Nur eure Schlußfolgerungen sind falsch!

Es muß ein Bestandteil linker revolutionärer Politik werden, daß wir Begriffe der bürgerlichen Geschichtsschreibung nicht unhinterfragt übernehmen.

- "Nationalsozialismus" — so wird der Sozialismus insgesamt diffamiert, der Antikommunismus geschürt.
- "Drittes Reich" — und er wird damit zur nationalen Sache erhoben.
- "Nazis" — selbst Sprachbewußtere reden vom Faschismus in der nichtssagenden Kurzform "Nazis".
- "NS-Zeit" — wie er damals verniedlichend benannt wurde.
- "Hitlerherrschaft" — der Faschismus wird personalisiert, seine eigentlichen TrägerInnen und NutznießerInnen ausgeblendet.

Deshalb schlagen wir den Begriff "deutscher Faschismus" vor!

Reaktionen: PALÄSTINA

gemeinsam.

Rassismus ist, wenn sich Menschen auf Leiden von Weißen betroffen zeigen, aber gleichgültig reagieren auf Terror gegen außereuropäische Völker.

Aime Cesaire kritisiert den europäischen Antifaschismus folgendermaßen: "Ja, es wäre sicherlich der Mühe wert, (...) dem ach so humanen, ach so christlichen Bürger des 20 Jhdt. mitzuteilen, (...)daß im Grunde das, was er Hitler nicht verzeiht, nicht das Verbrechen an sich, das Verbrechen am Menschen, daß es nicht die Erniedrigung des Menschen an sich, sondern daß es das Verbrechen gegen den weißen Menschen ist, daß es die Demütigung des Weißen ist und die Anwendung kolonisatorischer Praktiken auf Europa, denen bisher nur die AraberInnen Algeriens, die Kulis in Indien und die Schwarzen Afrikas ausgesetzt waren" /Aime Cesaire; Über den Kolonialismus; 1955).

Für die unterjochten Völker hat das "dritte Reich" weder 1933 begonnen noch 1945 aufgehört; für das palästinensische Volk besteht es heute noch. Cesaire stellt den Faschismus in die Kontinuität der kolonialen Greueltaten des europäischen Imperialismus, während die europäischen AntifaschistInnen das Verbrechen an Weißen anders sehen als das an Schwarzen. Cesaire prangert die stillschweigende Komplizenschaft jener "AntifaschistInnen" mit dem Imperialismus an. Allein der deutsche General Jens Peter ließ mit einem Befehl 60 000 AfrikanerInnen ermorden, doch sah sich keineR bis heute veranlaßt, die Greuelakte an Schwarzen Holocaust zu nennen. Ein Ausdruck, der offensichtlich nur Weißen vorbehalten ist.

Sind die Verbrechen der Zionisten in Dair Yassin, Kafr Qasim, Dawayma, Sabra, Schatilla und ihre täglichen Massaker an PalästinenserInnen kein Holocaust? Sind Ansar I, II und III keine KZ ?

Die Fronten sind klar,
die Barrikaden stehen,
jede/r reiht sich ein
wo sie/er hingehört.

autonome Palästinagruppe●

Eigentlich hatten wir für dieses TATblatt auch eine Stellungnahme des TATblatt-Kollektivs angekündigt. Diese muß aber aus akutem Platzmangel diesmal entfallen. Sie erscheint ganz bestimmt nächstes Mal. Des weiteren wurde auf die nächste Nummer verschoben: Der zweite Teil der Gegendarstellung der MLPÖ, sowie ein weiterer eingelangter LesserInnenbrief.

Wir würden es begrüßen, wenn bis dahin auch weitere Reaktionen kommen würden. Alle Reaktionen, Meinungen, etc werden selbstverständlich veröffentlicht.

das TATblatt-Wien-Kollektiv

Liebe TATblatt-Redaktion!

Vor die Wahl gestellt, Euch wegen der Veröffentlichung des Interviews mit Karam Khella in Nr. -74 & -73 das Abo zu kündigen – mein erster Gedanke nach der Lektüre – oder Euch einen Brief zu schreiben, habe ich mich in meinem (weil ich eigentlich nicht auf das TATblatt verzichten will) & Eurem Intresse für zweiteres entschieden. Obwohl ich eigentlich schon länger mit so etwas gerechnet habe – schließlich führen auch die Autonomen in der BRD ihre "antizionistischen Kampagnen" mit deutlich antisemitischen Untertönen –, bin ich doch einigermaßen bestürzt darüber, daß ausgerechnet das TATblatt solchen antisemitischen Ausfällen Platz einräumt.

Wer wie K.K. das israelische Volk als solches und ganzes zu einem Volk von Ausbeutern macht ("Der Aufstand des palästinensischen Volkes ist ein Aufstand Ausgebeuteter gegen die Ausbeuter"), der vergißt nicht nur, daß es auch in Israel zB eine israelische Arbeiterklasse gibt, und auch die Palästinenser bzw andere arabische Völker keine klassenlose Gesellschaft sind, sondern er befindet sich damit auch (ob absichtlich oder unabsichtlich, das ist zweitrangig) im ideologischen Einklang mit den Faschos.

Mensch kann nicht umhin, zu akzeptieren, daß es mittlerweile ein israelisches Volk gibt, das aus Menschen besteht, die in Israel geboren und aufgewachsen sind und darum dort ein Heimatrecht besitzen, so gut wie die Palästinenser. Bei K.K. ist für das "zionistische Gebilde 'Israel'" kein Platz und damit auch kein Platz für diese Menschen in Palästina/Israel, er kennt sie gar nicht, er spricht von ihnen nicht, er befindet es nicht für wert, sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Weil die Israeli ein Recht darauf haben, in einem Staat zu leben, in dem sie als Volk nicht verfolgt werden (den arabischen Antisemitismus zu leugnen – eine Frechheit!), haben sie ein Recht auf ein Israel ohne Anführungszeichen. Was K.K. und die "autonome Palästina-Gruppe" zur angeblichen "Zusammenarbeit von Zionisten und Faschisten" und über die Wiedergutmachungszahlungen zu vermelden haben, entspricht inhaltlich einer Gleichsetzung von Zionisten und Faschisten ("Ein Pack wie das andere", "Die haben ja selber mitgemacht" und "Damit waren sie auch selber schuld") und dem Spruch:

"Die Juden haben vom Holocaust eh nur profitiert", bekannt als Stehsatz rechtsextremer Propaganda.

Die Seiten mit dem Interview mit K.K. sind wahrlich keine Ruhmes(TAT-)blätter!

N.R.

●

weitere LeserInnenbriefe

Nachgedanken auf den Brief einer Leserin

Ich sehe keine Veranlassung, mich hinter irgendeiner Ideologie, Partei oder hinter Meinungen anderer Menschen zu verstecken. Ich kann für mich selbst denken – getraue mich auch, meine Gedanken der Öffentlichkeit preiszugeben (nicht anonym).

Mir ist aber auch vollkommen klar, daß nicht jedeR meine Meinung teilt (zum Glück – sonst wäre es auch ziemlich fad), aber es hat doch etwas Verwunderung bei mir hervorgerufen, daß eine Leserin alleine dadurch verärgert wurde, daß mir eine ganze Zeitungsseite (bzw 2) zur Verfügung gestellt wurde, obwohl ich doch nur ein (nicht einmal linker) EX-Bulle bin.

Es stellt sich die Frage, ob nicht gerade dieses schablonenhafte Denken der Grund ist, welcher das Zusammenleben der Menschen so schwierig macht.

Bullen (auch Ex?), Linke, Bürgerliche, Autonome...

Solange man sich weigert, mit Menschen zu sprechen (ihnen auch zuzuhören), die Angehörige anderer Systeme sind – oder andere Ideologien vertreten – solange darf man sich nicht wundern, wenn sich nicht tatsächlich etwas ändert.

Wenn wir nicht imstande sind, die Mauern in unserem Denken zu übersteigen, werden auch äußere Grenzen nicht wirklich fallen.

Ich weiß, eine linke/autonome Zeitung ist doch nicht dazu da, um Gedichte zu veröffentlichen – ich möchte aber trotzdem, dir liebe Leserin, eins (von mir) zur Verfügung stellen:

Vorurteil
eingeordnet unter
die Ordnung

untergeordnet
der Ideologie

aufräumen
umräumen
das Schlechte entfernen

kannst du nicht leben
das eigene Chaos

dann drängst du
auch andere
dies nicht zu tun.

Übrigens: die Menschen vom tb-kollektiv haben mit mir gesprochen, wir haben diskutiert, und ich feue mich (wie naiv), daß sie mich mit Vornamen ansprechen.

Liebe Grüße
Franz Witzmann

autonom (griech) – unabhängig, selbständig, nach eigenen Gesetzen lebend. (trifft eigentlich auf mich zu; Anm. von mir) ●

LeserInnenbriefe

Lieber Gunter!

Deinen Protestbrief in TATblatt -73 gegen den Kriegsberichterstattungsstil anläßlich der Demonstration gegen den Opernball möchte ich ebensowenig unwidersprochen lassen wie das ganze "Antiopernballszenario". Schön, daß Du den "Runden Tisch" interessant gefunden hast. Gut, daß dabei Menschen zu Wort kamen, die sonst nie ein Publikum vorfinden. Daß das alles aber mit "direkter Demokratie" (wie sich das organisierende Personenkomitee betitelte) nichts zu tun haben kann, belegt eine einfache Rechnung. Selbst wenn der "Runde Tisch" von 19 bis 23 Uhr stets und pausenlos den sonst unhörbaren und ungehörten zur Verfügung gestanden wäre und allesamt sich an eine Redezeitbeschränkung von, sagen wir einmal zwei Minuten, gehalten hätten, wäre der "Runde Tisch" gerade 120 Personen, also lediglich 2,4% bis 4% der DemonstrationsteilnehmerInnen (je nach Annahme der TeilnehmerInnenzahl zwischen 3000 und 5000) als Bühne zur Verfügung gestanden. Unter "direkter Demokratie" (so inhaltsleer dieser Begriff auch ist) verstehe ich jedenfalls etwas anderes!

Dem TATblatt "handfeste Lügen" zu unterstellen, weil es Leute den "Runden Tisch" vorzeitig verlassen sah, verleitet mich zur Polemik. Also, wo bist Du jetzt wirklich gestanden? Warst Du, wie Du schreibst, ständig "in unmittelbarer Nähe des 'Runden Tischs'" oder dort, wo die Menschen die Kärntner Straße in Richtung Karlsplatz verlassen haben und von den Faschisten angegriffen wurden?

Oder aber eine andere Frage: Welche Ziele verfolgen den die handfest verlogenen SchreiberInnen des kritisierten Artikels Deiner Ansicht nach? Denn Lüge ist, anders als Unwahrheit, mit Absicht verbunden.

Für Polemik wäre noch viel Platz: Wieso, zum Teufel, diffamierst Du den der Wut mehrerer Tausend Menschen entspringenden – leider sehr unorganisierten und daher (aber eben nur wegen der Unorganisiertheit) vielleicht nicht sehr sinnvollen oder zielführenden – Widerstand gegen die Angriffe der Polizei und der Faschisten als "Katz- und Mausspiel". Es mag die Agression Dir unerklärlich, die Gewalttätigkeit widerwärtig sein; kein Mensch bei Sinnen würde Dir ein Eingestehen von Angst – die uns beide übrigens zumindest in der Betroffenheit einen würde – übel nehmen! Deine Wortwahl vermittelt mir jedoch das Gefühl, daß Du Deine (und meine) Angst vor Polizei, Faschisten und außer Rand und Band geratenen Massen zum politischen Inhalt erhöhen willst. Etwa so: Angst? Ich? Aber geh'! Aber mit solch randalierendem Mob kann ich nichts anfangen. Ehrlicher, politisch motivierter Widerstand ist ganz was anderes.....!

Über "Rand und Band" komme ich wieder zum Anfang meines Briefes zurück: Zur "direkten Demokratie".

Die Eingangs gerechnete Rechnung ist kein Produkt der "Nachopernball-Ära". Vor den Folgen des "Runden Tischs" haben schon einige Menschen Wochen vor dem 22.2. gewarnt. Und die MitgliederInnen des "Personenkomitees" sind persönlich auf diesen Punkt angesprochen worden!

1. Während einer Diskussion im "KUKU" am 10.2.1990

2. Im Amerlinghaus am 21.2.1990

Sie haben sich dennoch für den "Runden Tisch" entschieden!

Ich halte das nicht für eine Nebensache, sondern für einen Kernpunkt: Bis zum Niedergang der Sozialbewegung war es üblich gewesen, Demonstrationen "von oben her" zu organisieren. Ohne das aus Platzgründen beweisen zu können, behaupte ich, daß es genau diese Entmündigung der Menschen, die sich politisch engagieren bzw. engagieren wollen, durch die VertreterInnen der Parteien und der Gruppierungen mit dem stärksten Sitzfleisch ist, die die Bereitschaft, sich an Demonstrationen, Aktionen und auch Diskussionen zu beteiligen, gegen Null sinken ließ. Die Entscheidung für den "Runden Tisch" war eine Entscheidung gerade jener Leute gewesen, die meines Erachtens diese mathematische Grenzwertannäherung verursacht oder zumindest gefördert haben. Es sind immer die gleichen Funktionäre aus SP- oder KP-Jugendorganisationen, Longo Mai, GE oder Grünen samt einigen Anhangsorganisationen mit Sitzfleisch wie Arge Jugendzentren, Bürger beobachten die Polizei usw., die den "Rand" einer "Bewegung" festlegen und das "Band" d'rum herum so fest anziehen, daß eben nur Erwünschte Platz finden. Anders ausgedrückt: Wir stehen vor der Wahl, neue Formen der gemeinsamen und offenen politischen Arbeit zu suchen, an der alle, die es wollen, sich beteiligen können, ohne sich von einer politischen Organisation mit Sitzfleisch "vertreten" bzw überlisten lassen zu müssen. Oder aber wir gschaftlhubern weiter und werden immer im Bewußtsein leben können, daß wir die politische Avantgarde sind, weil es ja sonst niemanden gibt, der/die sich engagiert.

Die Entscheidung für den "Runden Tisch" (ganz abgesehen mal davon, wie er dann zustande gekommen ist; das wäre wieder eine Geschichte für sich), war die Entscheidung für zweiteres! Eine Entscheidung für repräsentative Politikmodelle und gegen die Entwicklung einer Politik von unten (denn "unten", so schwammig auch dieser Begriff ist, ist allemal noch dort, wo keine Funktionäre sind).

Dieser Brief wäre aber unehrlich, wenn er nicht noch die zweite Seite der Medaille behandelte: Wir, die Autonomen, haben durch unser zerstrittenes und sektiererisches Auftreten den Boden bereitet, auf denen die Politfunktionäre diese Entscheidung überhaupt durchziehen konnten. Meine Kritik an der Opernballberichterstattung des TATblatts entzündet sich daher daran, daß die Redaktion immer wieder diesen entscheidenden Punkten (wie lief die Vorbereitung ab; welche Gruppen brachten welche Vorschläge; wer vertrat welche Positionen, wie konnte es geschehen, daß der "Runde Tisch" de facto innerhalb von 4 Tagen von ganz, ganz wenigen "durchgezogen" wurde) auswich, es vermied, die Tatsachen (aus ihrer Sicht) zu benennen.

Friede und Toleranz.....! ●

Betrifft: TATblatt

Der Wind hängt voller Segeln, die uns in den Rücken wehen, und mit dem vorliegenden TATblatt sind wir wieder einmal dem eklatanten Aufwärtstrend zum Opfer gefallen, was soviel heißt wie: Es war soviel da, an Artikeln, Meldungen etc, daß wir es unmöglich alles bewältigen, geschweige denn in der Zeitung unterbringen konnten. Dabei ist dieses TATblatt ohnehin schon wieder um 4 Seiten dicker, als wir es uns eigentlich leisten können. Und dicker, als wir eigentlich Zeit haben zum Drucken und Zusammenlegen. Weil wir diesmal die Zeitung nämlich bis 16 Uhr zur Post bringen müssen, weil wir um 17 Uhr alle fortfahren, auf sowas ähnliches wie eine Klausur nämlich.

In selbiger, der Klausur, wollen wir so brennende Fragen klären, wie: Wie stellen sich die einzelnen Kollektivis das TATblatt eigentlich vor, was wollen sie, was erwarten sie, usw. Weiters wollen wir politische Grundsatzfragen untereinander abklären und die Zukunft besprechen, um sie zu meistern. Aus diesem Grund entfällt kommenden Donnerstag (12. April) das Plenum der Wiener TATblatt-Gruppe. Das nächste TATblatt wird trotz alledem in gewohnter Pünktlichkeit erscheinen.

Zurück zum Aufwärtstrend, der uns in den Rücken gefallen ist (um nicht zu übertreiben: natürlich rennt immer noch genug scheisse, aber lamentiert wird an dieser Stelle ohnehin oft genug): Wie letztes Mal erwähnt, war das vorletzte TATblatt nach drei Tagen ratzeputz ausverkauft. Durch eine neuerliche Auflagensteigerung konnte diese Zeitspanne bei der letzten Nummer auf ganze acht Tage gestreckt werden. Die Auflagenentwickulng steigt weiter ins Bodenlose. Wenn wir nicht immer wieder zu dicke TATblätter produzieren würden, wie diesmal beispielsweise, könnten wir sogar mal Schulden zurückzahlen (doch leider: wie gesagt: auch dieses TATblatt hat ein Blatt zuviel, als daß es sich finanziell kommod ausgehen könnte. Wir sind also weiterhin auf eure Spenden angewiesen. Wenn ihr also was überhabt, so zahlt bitte ein klein wenig auf unser Konto ein. Es darf auch ein bißerl mehr sein.

An dieser Stelle sei auch mal all jenen Danke gesagt, die infolge unserer Abwesenheit die Belieferung unserer Wiederverkaufsstellen checken, und überhaupt all jenen, die sich irgendwie um TATblatt-Verkauf kümmern. All jenen, die sich vielleicht schon das nächste Mal von diesem *Danke* betroffen fühlen möchten. Auskünfte unter der Wiener Rufnummer 57 49 543 oder bei einer unserer Regionalgruppen (siehe letzte Seite). Alle TATblatt-Gruppen sind durch die Bank stets über schlichtweg jede Form selbstbestimmter Mitarbeit erfreut.

Herzlich willkommen geheißen seien auch all die vielen (diesmal waren es ganz besonders viele) Probeexemplar-BestellerInnen. Bitte nehmt den beiliegenden Erlagschein zur Hand und überweist uns die Abogebühr (siehe letzte Seite), dann bekommt ihr das TATblatt fortan regelmäßig zugesandt.

Nun denn:

Liebe, Kraft und frohe Ostern!

Einer vom TATblatt-Kollektiv. ●

Revolutions-ManagerIn

überall:
28. April: SHELL-Aktionstag

Wien:

Mi, 11. April
20.00 Uhr: "Kontaktstörung oder Die Gedanken sind frei"
Lesung mit Ruth Aspöck
BACH, 16, Bachgasse 21

Do, 12. April
?? Uhr, "satanic mulfunction" (GB), "SM 70" (Berlin), "grindcore/death metal"
FLEX; 12, Arndtstraße 51

Fr,13. April
20.00 Uhr, ARENA; "Konzert für eine eigenartige Medienszene":
spirmbirds (BRD), Trees (London), Bomb Circle (Wien), Occidental Blue Hormonic Lovers (Wien), Clouds over Chrysler (Linz)
Die Kohle dieser Veranstaltung wird für die Gründung von BOILER verwendet. BOILER wird eigenartige Projekte wie Fanzines, Bootlegs und Sender unterstützen. Boiler wird Platten pressen.
Weitere fantastische Konzerte zur Unterstützung dieses großartigen Projektes werden folgen.
20.00 Uhr, BACH: TV für TV – Soli-Tanz

Sa, 14. April
?? Uhr, FLEX; Spermbirds (BRD), Resistors (BRD)

Mo, 16. April
FLEX; Hass (BRD)
20.00 Uhr, BACH: Ferdinand et les Philosophes (F) – Underground-Musik

Di, 17. April
19.00 Uhr, Rotstilzchen; "BenützerInnenplenum" wegen bevorstehender Räumung

Mi, 18. April
18.00 Uhr: Treffen ehemaliger und aktiver Soldaten gegen das Bundesheer
Versöhnungsbund; 8, Lederergasse 23/3/27
18.30 Uhr: Feministische Theorie und Frauenforschung: "Naturwissenschaft und Geschlechterrolle"
iwk; 9, Berggasse 17
18.30 Uhr: "Frauen aus aller Herren Länder" – Ausstellungs-Eröffnungsfest: LEFÖ (Theater), Naniamé (Trommlerinnengruppe)
Schwerpunkte der Ausstellung: Internationale Beziehungen, Folgen der internationalen Arbeitsteilung, Geschäfte mit Armut und Träumen, Situationen, die Frauen zur Migration zwingen, Sprache als Mittel von HERRschaft, als Möglichkeit, sich zu befreien
18.-24. April, VHS Favoriten; 10, Arthaberplatz
20.00 Uhr, BACH: Agave – Folk/Jazz aus Italien
?? Uhr, FLEX: Nausea (New York City), Polit-Hardcore

Do, 19. April
19.00 Uhr: "Die Einsamkeit Lateinamerikas" – Podiumsdiskussion mit Leo Gabriel, Gerhard Drekonja, Vertreter der US-Botschaft, Vertreter der Kubanischen Botschaft
Republikanischer Club Neues Österreich; 1, Rokhgasse 1

Fr, 20. April:
20.00 Uhr, BACH: Walter Malli (A) – Jazz

20.-22. April
"Alltagskultur und Zukunftsperspektiven afrikanischer Frauen"
Diskussionen, Filme, Spiele, Musik, Essen, FRAUENFEST am Sa
FrauenWeltZentrum, VHS Hietzing; 13, Hofwiesengasse 48

So, 22. April
FLEX; Assasins of God (San Franzisco)

Mo, 23. April
18.30 Uhr: "Frauenleben im Wandel der Zeiten" – Videofilm
HBL; 13, Bergheidengasse 5-19

Di, 24. April
19.00 Uhr: Referat einer Mitarbeiterin der AGISRA (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung) – nur für Frauen!
Soll zur Schaffung eines Arbeitskreises in Ö anregen
VHS Favoriten; 10, Arthaberplatz

Mi, 25. April
Prozeß gegen GEORG!
Uhrzeit und Saal leider noch unbekannt
LG f. Strafsachen; 8, Florianigasse

18.30 Uhr: "Man hat ja nichts gewußt" – Lesung
Frauen im Krieg und Faschismus 1933-1945
iwk; 9, Berggasse 17
20.00 Uhr, BACH: "Misterio Buffo" (Dario Fo) Theater

Do, 26. April
18.30 Uhr, iwk: Perspektive Landwirtschaft: "Deregulierung der Agrarmärkte – Problemlösung oder Weg in die ökosoziale Krise

Fr, 27. April
18.30 Uhr, iwk: Die Frau in der Sowjetunion: "Derzeitiger Stand der Frauenbewegung und Zukunftsperspektiven"
20.00 Uhr, BACH: Eliott Sharp (USA) Underground-Musik
?? Uhr, FLEX: Trottel (Ungarn)

Mo, 30. April
18.30 Uhr, iwk: Wissenschaft und Gesellschaft in der 3. Welt: "Wissenschaft und Staat. Zur Lenkung der chinesischen Gesellschaft in der Neuzeit"

Di, 1. Mai, ab 14.00 Uhr
5, Einsiedlerpark
Straßenfest gegen Stadtteilzerstörung, Mietenwucher und AusländerInnenfeindlichkeit
Veranstaltet von Stadtteilgruppe Margareten, Rotstilzchen, TATblatt

Niederösterreich:

4.-12. April:
"Frauen aus aller Herren Länder", Ausstellung
Zwettel, Bildungshaus Stift Zwettel

Burgenland:

1.-24. April:
Nicaragua-Wochen: Videos, Dias, Dialoge
Großpetersdorf; Kontaktzentrum, Hauptplatz 72

Oberösterreich:

20.-22. April:
"Faktoren des Entwicklungsprozesses im Stadt-Land-Gefüge Lateinamerikas"
Jahrestag der Arge Österreichische Lateinamerikaforschung
St. Wolfgang/Strobl

Salzburg:

25. April, 14.00 Uhr:
"Außenhandel zwischen erster und dritter Welt – alte Theorien und Ansätze einer neuen Praxis"
Salzburg; Inst. Gesellschaftswissenschaften, Rudofskai 42, HS 381

Tirol:

24. April, 20.00 Uhr:
"Romero heute": Podiumsdiskussion mit FMLN-Vertreter
Innsbruck; Uni, Theolog. Fakultät

Wegen Allgemeiner Abwesenheit muß leider, leider das beliebte Offene Plenum am Donnerstag, den 12. April 1990 ausfallen.
Wer uns gerne sehen möchte, kann uns am Montag ab 16.00 Uhr (am Besten mit Kuchen – ohne Rosinen, für einen von uns) besuchen kommen.
Als Zeitvertreib in der Zwischenzeit: Auf's Postamt, Erlagschein ausfüllen, massigst spenden auf **PSK Konto Nr 7547.212**, lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt.

Das *TATblatt*

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten. Es versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schickt uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw usf. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen – um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten – werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

Obwohl einst als »Zweitageszeitung« kozipiert, erscheint das TATblatt derzeit alle 14 Tage. Wir wollen uns aber stetig in Richtung unseres Zieles – eine möglichst oft erscheinende, offene, selbständige Zeitung für alle politisch Bewegten und Interessierten – weiterentwickeln. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklungsphase stehendes Projekt erachten, nennen wir die derzeit erscheinenden Ausgaben »Minus-Nummern«, quasi als Vorstufe zur Nullnummer. Solidarische Einmischung in die Entwicklung, und die Beteiligung daran, ist immer willkommen.

TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz. Linz und Innsbruck:

TATblatt-Wien:
1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 57 49 543
TATblatt-Plenum:
jeden Donnerstag um 19 Uhr
ACHTUNG! entfällt am 12. April!
TATblatt-Café:
jeden Montag um 16 Uhr
die ideale Möglichkeit, in ungezwungenem Gespräche das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)
TATblatt-Graz:
8010, Kastellfeldg 34/16
Treffen jeden ersten Donnerstag nach Erscheinen, 19 Uhr
TATblatt-Linz:
Treffen: jeden 1.Mittwoch im Monat um 17 Uhr im Andreas Hofer Stüberl; Andreas Hoferplatz 3; 4020 Linz
TATblatt-Innsbruck:
Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

An:

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM: Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin: ***UNABHÄNGIGE INITIATIVE INFORMATIONSVIELFALT***;1060 Wien; Gumpendorferstr 157/11; **Telefon:** (0222) 57 49 543; **Bankverbindung/Konto:** P.S.K 7547 212; **DVR Nr:** 0558371; **Druck:** Eigendruck

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Das *TATblatt* im Abo

Preise: ***Abo*** für 10 Ausgaben: S 96.–; ***Abo*** für 20 Ausgaben: S 190.– (innerhalb Österreichs) Bei ***Förderabos*** kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96.– bzw S 190.–)
Ein »***Auslandsabo***« kostet S 150.– für zehn Ausgaben.
Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K. 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo beginnt mit dem Zeitpunkt, zu welchem das Geld bei uns angelangt ist, zu laufen und endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.

Mitgliedschaft in der *U.I.I.*

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt S 1.– pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.– Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns einfach eine Postkarte!

Einzelverkaufsstellen

Wien:

Buchhandlungen:
- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Kiosk R .A. Keream (1, Kärntnertorpssage)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stiegengasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kolingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

diverse Läden:
- Why Not-Plattengesch. (6, Otto Bauerg 16)
- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Beisln:
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- FLEX (12, Arndtstraße 51)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

außerdem:
- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schotteng 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124/1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
- MieterInnen-Interessensgemeinschaft (10, Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30)

Graz:
- Dradiwaberl-Antiqu. (Zinzendorferg)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn.Fachbh. Spectrum (Schörgelg 9)

Linz:
- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Buchhandlung Alex (Hauptplatz)
- Bad-Café (Badgasse 7)

anderswo:
- **Schwertberg:** Kulturverein Kanal (Schwertberg, Josefstal 21)
- **Waidhofen an der Thaya:** Buchhandlung Buschek (Bahnhofstr 28)

Das nächste *TATblatt* erscheint am 24. April 1990.
Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 18. April.